

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Verschlimmerung des Wirrwarrs Durch die Abkehr Englands von der Goldwährung

Die englische Regierung hat, wie hier schon dargelegt, die Goldeinlöschungspflicht für das Pfund aufgehoben. Dies hat mannigfaltige Folgen für England und die übrige Welt, Folgen, deren Schwere noch gar nicht zu übersehen sind. Weshalb erfolgte nun der schicksalsschwere Entschluß?

Die englische Zahlungsbilanz entwickelte sich in der Wirtschaftskrise äußerst ungünstig, da sowohl die Warenausfuhr Englands stark zusammenschumpft, wie auch andere Einnahmen Englands aus seinen Auslandsbeziehungen, die Einnahmen aus der Schifffahrt und aus den Beteiligungen des englischen Kapitals im Ausland sehr stark zurückgehen. War bisher die englische Zahlungsbilanz stets aktiv, das heißt erwachsen der englischen Wirtschaft Jahr für Jahr größere Auslandsforderungen als neue Auslandsschulden, so wurde für das laufende Jahr bereits mit einem Defizit der Zahlungsbilanz in einer Höhe von etwa einer Milliarde Mark gerechnet. Das Defizit der Zahlungsbilanz muß nun entweder durch Abgabe von Gold oder durch Abstoßung englischen Kapitalbesitzes im Ausland oder aber durch neue Auslandskredite gedeckt werden; diese Wege sind jedoch zur Zeit entweder gar nicht oder nur unter den schwersten Opfern gangbar. So ergibt sich die Notwendigkeit, die Zahlungsbilanz günstiger zu gestalten, was nur durch Drosselung der Einfuhr oder durch Steigerung der Ausfuhr oder aber durch beide zugleich möglich ist. Zu diesem Zweck empfahl man Lohnsenkungen und Abbau der Sozialleistungen, die aber für den inneren Markt verheerend wirken mußten, ohne das Ziel einer Besserung der Zahlungsbilanz durch vermehrte Ausfuhr und Verminderung der Einfuhr unbedingt zu sichern. Lohnsenkungen hätten zudem schwere soziale Kämpfe hervorgerufen.

So blieben für die Verbesserung der Zahlungsbilanz — neben Rationalisierung der Industrie — zwei Wege übrig: entweder Zölle zur Einschränkung der Einfuhr oder aber eine beabsichtigte Herbeiführung der Entwertung des Pfundes (Devaluation). Es wurden Pläne erwogen, denen zufolge der Goldwert des Pfundes laut Gesetz um ein Zehntel herabgesetzt werden sollte. Eine solche Devaluation wirkt wie ein Zoll, indem sie die Einfuhr erschwert. Bei Verschlechterung des Geldwertes wird nämlich die Einfuhr, die in ausländischer Währung zu bezahlen ist, allzu teuer und wird daher eingeschränkt. Umgekehrt fördert die Geldentwertung die Ausfuhr, da bei gleichbleibenden Produktionskosten der Ausführerlös in Pfunden einen größeren Ertrag bringt als vor der Geldentwertung. Freilich mußte man sowohl für den Fall der Einführung von Zöllen wie bei der Devaluation mit einer Senkung des Reallohnes rechnen, da eine der Zollverteuerung oder den Preiserhöhungen infolge der Geldentwertung entsprechende Erhöhung der Nominallöhne nicht erwartet wird. Gegenüber der Lohnsenkung hat die Geldentwertung den Vorteil, daß sie nicht nur die Verbrauchermassen, sondern auch die Empfänger von Renten und allerhand Zinsen trifft, da durch jene Preissteigerungen infolge der Geldentwertung die Kaufkraft der Zinsen ebenso zurückgehen muß wie die Kaufkraft der Löhne.

Diese Gedankengänge bewegten zur Empfehlung der Herbeiführung einer Geldentwertung, damit der Fehler, der bei der Stabilisierung des Pfundes im Jahre 1925 dadurch gemacht wurde, daß das Pfund im Vergleich zu den Produktionskosten im Ausland und in England auf einem zu hohen Stand stabilisiert wurde, rückgängig gemacht werden soll. Das englische Finanzkapital und die gegenwärtige Regierung waren freilich gegen diese Pläne, die Englands Stellung als Gläubigerland und Weltbankier erschüttern müssen. Daß sie sich dennoch zur Aufgabe der Goldwährung entschlossen, erfolgte unter dem geschilderten Zwang der andauernden Kreditkündigungen, denen sie nur durch Aufhebung der Goldeinlöschungspflicht und gleichzeitiger Einführung einer Zwangsbezwirtschaftung von Auslandsgeldern begegnen konnte.

Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß England nun den Weg des Freihandels verläßt und Zölle zur Einschränkung der Einfuhr errichtet, ist durch die Kreditkrise sehr stark gestiegen, und zwar nicht nur, um Einnahmen für den Staat zu beschaffen, sondern auch um die Zahlungsbilanz zu verbessern, eine Notmaßnahme, deren Erfolg freilich zweifelhaft ist, da die künstliche Einschränkung der Einfuhr auch zu einer weiteren und noch größeren Abnahme der Ausfuhr führen kann. Für die übrige Welt ist diese Wendung der Dinge von ungeheurer Tragweite. Es ist wahrscheinlich, daß die Währungsschwankungen nunmehr in den meisten Ländern wieder beginnen, und daß Europa nunmehr in einen Valutawirrwarr, der in der Nachkriegszeit jahrelang verheerend wirkte, zurückfallen wird. Die Folge dieser Geldwertschwankungen wie der wahrscheinlich einzuführenden englischen Zölle wird die Verschärfung der Einfuhrbeschränkungen sein. Die Zölle werden überall weiter erhöht, das System der Einfuhrverbote, im Völkerbund zum Verschwinden verurteilt, wird auf der ganzen Linie wiederkehren. Die internationale Kapitalbewegung erlitt eine kaum heilbare Wunde. Frankreich

selbst, dessen Finanzkapital und Regierung an der verhängnisvollen Verschärfung der Weltkrise eine große Schuld tragen, wird sich seines „Sieges“ über England nicht freuen. Seine Währung bleibt zwar dank seines Goldreichtums vorderhand nicht gefährdet, doch wird es mit großen Ausfuhrschwierigkeiten zu kämpfen haben. Frankreichs größter Abnehmer ist England. Die vorgesehene Beschränkung allein der Luxuseinfuhr würde mehr als die Hälfte der französischen Ausfuhr nach England ausschließen. Hinzu kommt der Ausfall an Fremdenverkehr, vor allem aber die verstärkte Konkurrenz Englands und der anderen Länder mit fallenden Valuten auf dem Weltmarkt. Ein Kampf aller gegen alle, in dem sämtliche Beteiligten nur verlieren können. Ein Rückschlag, wie er in der Wirtschaft der Welt, vom Weltkrieg abgesehen, noch nie erfolgte.

Es ist allein die Größe der Katastrophe, die vielleicht eine entfernte Möglichkeit zu deren Heilung bietet. Die

Produktions- und Absatzkrise und in ihrem Gefolge die Kredit- und Valutakrise der Welt könnte mit Anstrengung aller Kräfte und mit zunächst großen Opfern erleichtert werden, wenn vor allem die Vereinigten Staaten und Frankreich ihre überschüssigen Goldvorräte in irgendeiner Form der übrigen Welt zur Verfügung stellten und durch Streichung der Reparationen und der Kriegsschulden das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit der Länder zurückgeben würden. Bisher gab es kein Zeichen dafür, daß die Bereitschaft für solche Opfer vorhanden wäre. Neben den wirtschaftlichen standen die politischen Spannungen einer Entwirrung im Wege.

Vielleicht wird die gewaltige Größe der neuen Wirtschaftskatastrophe die Völker aufrütteln und eine Stimmung erzeugen, die die Regierungen und das internationale Finanzkapital zwingt, die letzten Reserven zur Rettung einzusetzen. Wären die Völker in ihrem Bewußtsein und ihrem Willen für den Sozialismus reif, so könnte die Katastrophe der kapitalistischen Welt den Anbruch des Sozialismus ankündigen! So aber, wie die Dinge in der Welt stehen, muß man vom endgültigen Versagen des Kapitals zunächst den Rückfall in primitivste Verhältnisse und die weitere Verelendung der Massen befürchten.

A. H.

## Warum wollen sie abermals Geldentwertung?

In Harzburg waren am letzten Sonntag arbeitslose Prinzen, fettleibende Geschäftemacher, abgedankte Generäle, verhinderte Staatsretter, wilde Futterkripenjäger, vollendete Pleitemacher, kurz der ganze Troß derer versammelt, die dem deutschen Volke immer auf der Tasche gelegen haben und es auch künftig wollen. Was dort immer diese lieblichen Zeitgenossen redeten und forderten, es läßt sich auf den Vers reimen: Wie können wir weiter auf anderer Kosten unser Dasein fristen? Da bei ihnen reaktionäre Gesinnung und wirtschaftliche Skrupellosigkeit sich auf der gleichen Höhe ihres Dranges nach einem unverdienten Wohlleben bewegt, kamen sie zu dem Schluß, daß nur eine Inflation das deutsche Vaterland — darunter verstehen diese Herrschaften sich selbst — retten könne.

Die Masse des Volkes, die den großen Raub, die Inflation von 1914 bis 1923, erlitten hat, wird nicht recht verstehen können, wie Leute nach einer Wiederholung eines solchen Schreckens zu verlangen sich erdreisten können. Es gibt eben Leute, denen die vollkommene Ausplünderung durch die Inflation verteuert gut zu Buch geschlagen hat. Einer der ausgesprochensten Treiber nach einer Inflation ist, so lesen wir im Vorwärts vom 13. Oktober, Albert Vögler, dermaligst die rechte Hand von Hugo Stinnes, als dieser mit dem Geld betrogener Sparer ein Industrieherzogtum zusammenkaufte und wertvolle Teile unserer kleinen und mittleren Industrie seiner Devisenpolitik opferte und abdrosselte. Friedrich Flick war ein kleiner Mann im südlichen Westfalen, der in der Inflation ein großer Spekulant in oberschlesischen Werten wurde, und dem dann der Sprung in die rheinisch-westfälische Schwerindustrie glückte. Er hat

Teile vom ehemaligen Industrieherzogtum Stinnes aufgekauft: mit dem Geld, das in der Inflation verdient war. Aber auch mit Bankkrediten. Friedrich Flick steckt bei den diversen Banken sehr tief in der Tinte. Das erklärt vieles. Friedrich Flick ist der Mann, von dem die gesamte Berliner Finanzwelt weiß, daß er bis jetzt seine immensen Bankschulden nicht zurückgezahlt hat. Mit Albert Vögler ist er einer der leitenden Männer der Vereinigten Stahlwerke, dem Ruhrtrust, der immer noch nicht, entgegen den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs, den Verlust seines Kapitals über das gesetzlich vorgeschriebene Maß bei den Behörden angezeigt hat. Es ist kein Wunder, wenn diese Leute als letzten Strohhalm die Inflation sehen!

Zu ihnen kommt die Großlandwirtschaft, für die Graf Kalkreuth kräftig in das Horn der Binnenwährung stößt. Es gab einmal eine Zeit, wo die Großlandwirtschaft nicht Heil Hitler rief, sondern nach Krediten der Republik. Leider hat man diese Großlandwirtschaft mit Krediten, die zum größten Teil verpulvert und nicht zur Verbesserung der Betriebe verwandt wurden, überfüttert, so daß sie, überschuldet bis über die Ohren, auch heute in der Inflation den bequemsten und billigen Ausweg sieht, sich von Schulden zu befreien. Durch die „nationale“ Erregung in Bad Harzburg sind starke egoistische Motive durchgeklungen. Man will die Opfer, die die Krise erfordert, nicht selbst tragen. Man will sie auf die Allgemeinheit abwälzen. Das ist der Sinn der von der Schwerindustrie und von der Großlandwirtschaft verlangten Inflation!

## Von Harzburg und Inflation

Das Wochenende, das die Nationalsozialisten am 11. Oktober in Bad Harzburg feierten, hat eigentlich nur deshalb einige Bedeutung, weil es wieder mal offenbar machte, wer die Freunde dieser angeblichen „Arbeiterpartei“ sind, wer sich von ihrer Wirksamkeit Vorteil verspricht. Der Vossischen Zeitung entnehmen wir die Mitteilung, daß auffallend viel „Männer der Wirtschaft“ den Reden im Harzburger Kursaal lauschten und Beifall spendeten. Außer Herrn von Gilsa waren da: Pöns gen von den Vereinigten Stahlwerken, Grauert von den Arbeitgeberverbänden, Schlenker vom Langnamverein, Geheimrat Ravené vom Großhandelsverband, Dr. Blohm von Blohm & Voß, Regendanz und andere. „Ganz zu schweigen von dem staatlichen Haufen simpler Direktoren und Generaldirektoren.“ Man sieht, die Unternehmer und sonstigen „Wirtschaftsführer“ setzen ihre ganze Hoffnung darin, daß ihnen die nationalsozialistische „Arbeiterpartei“ ihre hohen Gehälter, Aufsichtsratsbezüge, Dividenden usw. sichern wird.

Es ist auch bereits ruckbar geworden, daß diese hohen Herren — wenn sie es auch zwischendurch mal wieder abgelehnt haben — gern eine neue Inflation herbeiführen möchten, und daß sich Dr. Schacht, ihr einstmaliger Reichsbankpräsident, in Harzburg zum Herold ihrer Wünsche gemacht hat. Die Frankfurter Zeitung wußte zu melden, daß der Reichskanzler in einer bis dahin unbekannt gebliebenen Unterredung mit den Herren, ihr Ansinnen abgewiesen hat, und Herr Brüning selbst hat am 13. Oktober im neu eröffneten Reichstags noch einmal wiederholt, was er schon am 28. September vor den Sparkassenvertretern gesagt hatte: „Die Währung muß in Deutschland unverändert erhalten bleiben. Die Regierung wird im Verein mit der Reichsbank alles tun, um die Währung zu schützen.“

Dies alles kann man nur so verstehen, daß die Herren „Führer der Wirtschaft“ an die Regierung das direkte Verlangen gestellt haben, mehr Papiergeld zu drucken, ohne Zusammenhang mit den tatsächlich vorhandenen Werten, und daß die Regierung sich dessen gewiegt hat und auch fernerhin weigern will.

Das ist sehr löblich von Herrn Brüning, und da wir sonst so viel an ihm aussetzen haben, freuen wir uns aufrichtig, ihm hier einmal aus vollem Herzen zustimmen zu können. Nebenbei zeigen die Vorgänge zum tausendsten und aber tausendsten Male, wie vollkommen gleichgültig den „prominenten“ Herren aus dem Unternehmerlager das wirkliche Wohl der Wirtschaft ist. Wer die deutsche Inflation von 1918 bis 1923 als erwachsener Mensch miterlebt hat, kann nicht darüber im Zweifel sein, daß eine Inflation ein Mittel ist, alle mittleren und kleinen Leute in der unverschämtesten Weise zu bestehlen und zu berauben, und das ihnen abgenommene Gut einer Handvoll Reichen — eben den „prominenten“ Herren Wirtschaftsführern — in die Tasche zu stopfen.

Also so weit, so gut. Aber ist nun damit wirklich jede Gefahr der Inflation abgewehrt? Hat die Regierung damit wirklich „alles getan“, um die Währung zu schützen? Das Wesen der Inflation besteht in fortschreitender Geldentwertung. Solche Geldentwertung kann unter Umständen durch übermäßiges Drucken von Papiergeld herbeigeführt werden. Es kann aber auch umgekehrt kommen. Das Geld kann auch durch andere Ursachen entwertet werden, und dann, weil jeder einzelne Geldschein immer weniger wert ist, kann dadurch das Drucken von immer mehr Papiergeld veranlaßt werden. Jedenfalls zeigt sich die Entwertung des Geldes im Steigen der Warenpreise. Je teurer die Waren, desto weniger ist das Geld wert; je billiger die Waren, desto mehr ist das Geld wert. Man darf demnach sagen, daß es keinen besseren Schutz der

### Aus dem Inhalt

Verschlimmerung des Wirrwarrs — Warum wollen sie abermals Geldentwertung? — Von Harzburg und Inflation	Seite 307
Gegen Lohnkürzung — für Verkürzung der Arbeitszeit	308
Von der Arbeit der Bahnkommission	309
Eine Kluft droht! — Zehn Jahre AFA-Bund — Vom Vorstand	310
Bericht über Australien — Die Krise in Frankreich	311
Erleichterungen in der Arbeitslosenversicherung — Anzeigen	312

Wahrung gibt, keine sicherere Verhütung der Inflation, als niedrige und sinkende Warenpreise. Wie steht es damit in Deutschland?

Vergleicht man die amtlich ermittelte Höhe der Warenpreise, so läßt sich nicht leugnen, daß sie seit geraumer Zeit andauernd fallen. Von 1930 bis zum August 1931 ist der deutsche Großhandelsindex um 8,3 vH gesunken, der Lebenshaltungsindex um 8,4 vH. Also nichts zu befürchten?

Merkwürdig, immer wieder marschieren die amtlichen Listen auf und beweisen, daß die Waren wirklich und wahrhaftig billiger werden. Und dennoch wills keiner so recht glauben. Jeder spürt am eigenen Leibe, daß die Lebensführung immer schwerer wird. Wie ist denn das möglich, wenn für den Unterhalt immer weniger zu zahlen ist? Gewiß, die Lohnkürzungen wirken entgegen. Aber sofort kommt wieder der amtliche Statistiker und beweist uns schwarz auf weiß, daß die Löhne weniger gefallen sind als die Lebenshaltungskosten. In derselben Zeit nur um etwa 6 vH. Aber kann denn das stimmen? Da müßte uns das Leben doch leichter geworden sein, statt daß es jeden Tag schwerer wird?

Des Rätsels Lösung liegt — ohne daß wir die Richtigkeit der amtlichen Statistik näher prüfen wollen — in der ungeheuer wachsenden Arbeitslosigkeit. Wenn man nämlich nicht nur mechanisch die Tariflöhne in Betracht zieht, sondern alles zusammenrechnet, was die gesamte Arbeiterklasse wirklich bekommt, auch an Zuschlägen, auch an Unterstützungen, und davon alles absetzt, was sie durch Lohnabbau, durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit verliert, dann ist ihr tatsächliches Einkommen von 1930 (Jahresdurchschnitt) bis August 1931 um nicht weniger als 21 1/2 vH gesunken. — Jetzt wissen wir warum. Es mag richtig sein, daß die Warenpreise an und für sich um 8 1/2 vH gesunken sind und daß deshalb von dieser Seite her keine Inflation droht. Aber das Einkommen der Menschen, die diese Waren kaufen sollen, hat mehr als 2 1/2 mal soviel abgenommen. Was heißt nun billig, was heißt teuer?

Nach den Preiszißern mögen die Waren billiger geworden sein. (Immer vorausgesetzt, daß die amtliche Statistik die Wahrheit findet.) Aber im Verhältnis zum Einkommen der Arbeiterschaft sind sie teurer geworden. Und das entscheidet. In demselben Verhältnis ist der Geldwert für die Arbeiterschaft gesunken.

Hieraus ergibt sich, was die Regierung — außer der Abiehnung des Druckens von Papiergeld — noch zu tun hätte, um die Wahrung gegen jede Gefahr zu schützen. Ibykus.

### Wie steht's mit der Lohnstarre?

Die Unternehmerpresse klagt jetzt verdächtig laut über unerträgliche Lasten. Die Jammerei kann man als Vorpostengeficht für die Lockerung der Tarifverträge ansehen, das heißt, als den Anlauf zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Unsere Unternehmer wollen natürlich, nobel wie sie bekanntlich sind, beileibe nicht den Lohn kürzen, sondern nur ihn — günstiger verteilen. Das sei notwendig, weil die „Lohnstarre“ nicht nur die Betriebe schädige, sondern auch die Arbeiter. Der Schmus wird derart gut angeführt, daß er selbst von nicht ausgesprochenen Unternehmerblättern weitergeplappert wird.

Betrachten wir einmal die von den Unternehmern so sehr beklagte Lohnstarre: Der Tariflohn ist zum Höchstlohn geworden, dank der Handhabung der Tarifabmachungen durch die Unternehmer. Selbst dort, wo ausdrücklich im Tarifvertrag die Löhne als Mindestsätze bezeichnet sind, hat sich das Unternehmertum starr an den auf dem Tarifpapier stehenden Lohnzahlen gehalten.

Der Gedanke der außertariflichen Leistungszulagen ist erst nach dem Kriege aufgetaucht. Die Gewerkschaften haben dem Gedanken der Leistungszulagen immer skeptisch gegenübergestanden. Und dies, weil die von den Unternehmern angewandte Form nicht nur anwendbar war auf wirklich fachliche, sondern auch auf sonst den Unternehmern angenehme Leistungen und Eigenschaften der Arbeiter. Die Handhabung der Leistungszulagen war in den meisten Fällen so, daß sie bei einer vereinbarten Lohnerhöhung teilweise oder ganz weghießen, obwohl sich die Leistung des Arbeiters in keiner Weise geändert hatte. Hierdurch wird bewiesen, daß diese Zulage nicht eine Vergütung für besondere Leistungen war oder ist, sondern lediglich ein Mittel des Unternehmers, den „Arbeiter in der Hand zu behalten“.

Es gibt eine Unzahl Tarifverträge, wo der festgelegte Lohnsatz niemals anders als rein papierne Bedeutung hat, weil der Verdienst in Akkordarbeit erzielt wird. Selbst bei schlechten Akkorden ist die Spanne zwischen Verdienst und Tariflohn so, daß dieser nicht einmal mehr als Grundlohn angesprochen werden kann. Dann haben viele Tarifverträge bewegliche Löhne; sie sehen ausdrücklich für ein und dieselbe Arbeitergruppe einen Lohn „von — bis —“ vor. Aber die zu diesen Gewerbezeigen gehörigen Betriebe sind genau wie die ändern von der Wirtschaftskrise betroffen, bei denen die „Starrheit des Lohnes“ das Hauptübel des Darniederliegens sein soll.

Es sind auch die Löhne für ein und dieselbe Arbeitergruppe in Nachbarstädten unterschiedlich, ohne daß es deswegen den Industrien und Gewerben solcher Nachbarstädte unterschiedlich gut oder schlecht ginge. Ja selbst Industrie- und Gewerbezeige, die seit einem Jahr und länger in dem tariflosen Zustand leben, haben bisher noch nicht bewiesen, daß sie durch das Aufgeben des „starrten Tarifvertrags“ konkurrenzfähiger geworden sind.

In diesem Zusammenhange muß auch beachtet werden, daß ja das Unternehmertum auf die Starrheit seiner persönlichen Einkünfte nachdrücklich dringt. Ganz gleich, ob Direktor einer Aktiengesellschaft oder selbständiger Betriebsinhaber, das Monatsinkommen bleibt ungekürzt, nur die Generalisten werden um die Verlustsätze erhöht. Für die Richtigkeit dieser Behauptung sind so viel lebendige Beispiele da, daß eine Begründung überflüssig ist.

Der Tarifvertrag und der in ihm festgelegte Lohn hat nach wie vor den Zweck, dem Arbeiter auch bei ungünstiger Wirtschaftslage rechtlichen Anspruch auf einen Lohn zu geben, der ihm die Existenz sichert und ihm nicht zum hilflosen Ansehensgegenstand des Unternehmertums werden läßt. An diesem Grundgedanken muß auch die Reichsregierung festhalten. Die Reichsregierung hat den Unternehmern beim Lohnabbau bestens geholfen und dadurch die Kaufkraft ganz empfindlich geschwächt. Dadurch ist das Elend vergrößert worden. Um ihm zu steuern, erläßt die Reichsregierung einen Aufruf zur Winterhilfe. Die Reichsregierung muß gegenüber dem Unternehmertum stark bleiben. Viele Notschreie aus der Arbeiterschaft sind ungehört verhallt. Die Schreie des Unternehmertums: „Neue Lasten für die Wirtschaft, befreit die Arbeit von der Tarifstarre“ sind nichts als blauer Dunst zur Trübung der Schenkraft. Unerlässlich ist, daß die Arbeiterschaft vor einem Raub wertvoller Eigenschaften geschützt wird, bevor sie sich selbst selbst

# Gegen Lohnkürzung — für Verkürzung der Arbeitszeit

## Der Vorstand des DMV an die Metallindustriellen

Der Erweiterte Beirat des DMV beschäftigte sich letzte Woche mit der Massenkündigung der Tarifverträge in der Metallindustrie, die offenbar von einer Stelle aus kommandiert sind. Es kann nicht abgestritten werden, daß der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller seine Unterverbände angewiesen hat, die Tarifverträge überall zum nächstmöglichen Termin zu kündigen. Auch die damit verfolgten Absichten sind befohlen, wenn auch die einzelnen „Arbeitgeber“verbände sich bemühen, das Gesicht zu wahren, als wenn die Kündigung des Tarifes der unbeflüßten eigenen Erwägung entsprungen sei. Diese Erwägung ist ihnen bereits durch den Gesamtverband der Metallindustriellen abgenommen, denn er hat beschlossen: Herabsetzung der Löhne und Akkordverdienste um mindestens 15 vH.

Die Aufhebung der Goldbasis für das englische Pfund kann ja von den Lohnrückern so wunderbar vorgeschoben werden; aber für die Arbeiterschaft besteht keine Veranlassung, sich dumm machen zu lassen. Sie hat doch auf diesem Gebiete Erfahrung genug hinter sich. Jetzt suchen die Unternehmer den Befehl des Gesamtverbandes zu vernebeln mit der Ausrede, bei den Kündigungen ihre Absichten noch nicht verraten zu können, weil „die Lage noch zu ungeklärt“ sei.

Vollkommen klar ist aber, daß die Unternehmer wieder einmal einen Angriff auf die kärglichen Löhne der Metallarbeiter angeordnet haben, nachdem sie bereits überall gesenkt worden sind, und insbesondere die Über- und Akkordverdienste in einem Ausmaß gekürzt wurden, daß die Lebenshaltung der Arbeiter in unerträglichem Maße verschlechtert und dadurch zugleich die Gesamtwirtschaft noch mehr ruiniert worden ist.

In dem Vorgehen der Metallindustriellen ist auch nicht ein Funke von Verantwortung vor der Not der Arbeitslosen zu entdecken. Anstatt ihnen Arbeitsplätze zu verschaffen, sollen sie ruhig weiter körperlich und seelisch zugrunde gehen. Die Verkürzung der Arbeitszeit steht nicht in den Forderungen der Unternehmer, obwohl die Ausdehnung der Kurzarbeit noch immer zunimmt.

Unter Berücksichtigung aller genannten Tatsachen und in Wahrung der Interessen sowohl der Metallarbeiter als auch der ganzen Wirtschaft hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter dem 12. Oktober an den Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller eine Eingabe gerichtet, die sich gegen jeden weiteren Lohnabbau wendet, darüber hinaus eine Verkürzung der Arbeitszeit fordert bei einem angemessenen Lohnausgleich, der vor allen Dingen den schlechtbezahltesten Arbeitergruppen gewährt werden muß.

Das Verlangen nach „Neuregelung der Arbeitszeit in der eisenerzeugenden und weiterverarbeitenden Industrie“ geht von der Sorge um die Arbeitslosen aus und der Gefahr der Vergrößerung dieses Heeres im kommenden Winter. Dann führt der Vorstand zahlensmäßigen Nachweis dafür, daß die „Tariflöhne in der Metallindustrie zu den schlechtesten aller Industrien und Berufe“ zählen und „bereits auf einem Tiefstand angelangt sind, der nicht mehr unterschritten werden kann“. Wenn auch zu einem erheblichen Teil in der Metallindustrie in Akkord gearbeitet wird, so bleiben doch noch Hunderttausende, die mit diesen jammervollen Tariflöhnen abgefunden werden, obwohl die Industrie an den Metallarbeiter hohe technische und berufliche Anforderungen stellt.

Und wie sind erst die Akkordarbeiter geschuhriegelt worden? Die Unternehmer wissen selbst, „wie auch ohne Tariflohnkürzung, selbst bei voller Arbeitszeit, die Verdienste in der Metallindustrie geradezu katastrophal gesunken sind“.

Nach den Untersuchungen des Internationalen Arbeitsamtes bestreitet der Vorstand des DMV mit Recht die

Behauptung, daß die Löhne der Metallarbeiter in Deutschland höher sind als in den Konkurrenzländern. In Schweizer Franken umgerechnet, ergeben sich folgende Stundenlöhne für Metallarbeiter in den einzelnen Ländern:

Deutschland	1,26 Schw. Fr.
Frankreich (Paris)	1,29 „
„ (Provinz)	0,85—0,89 „
Schweiz	1,51 „
England	1,54 „
Skandinavien	1,72 „
Australien	2,75 „
USA	3,08 „

Die etwas geringeren Nominallöhne in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei werden „jedoch mehr wettgemacht durch die größere menschliche und materielle Leistungsfähigkeit in der deutschen Industrie“. Deshalb wird mit Nachdruck in der Eingabe des Vorstandes des DMV betont: „Aus den vorgenannten Gründen müssen wir jeden weiteren Lohnabbau als unerträglich zurückweisen und die Verantwortung für die aus weiterem Lohnabbau entstehenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen ablehnen.“

Es war notwendig, diese Verantwortung der Unternehmer herauszustreichen, denn der Zeitpunkt rückt schnell heran, wo diese klare Feststellung von größter Bedeutung werden kann. Selbstverständlich zieht der Vorstand aus seiner Darstellung die einzig mögliche Schlussfolgerung, daß nicht weitere Schwächung der Kaufkraft durch Lohnabbau, sondern Neuregelung der Arbeitszeit unbedingtes Erfordernis ist. Verteilung der Arbeitsanfälle auf eine größere Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen durch Verkürzung der Arbeitszeit ist eine Unvermeidlichkeit. Von den 4,3 Millionen Arbeitslosen stammen 734.560 aus der Metallindustrie, und unter ihnen befindet sich ein hoher Satz hochqualifizierter Arbeiter, deren Nichtbeschäftigung eine schwere Beeinträchtigung volkswirtschaftlicher Werte ist.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, durch seinen Befehl zur Tarifkündigung zum Zwecke des Lohnabbaus ungeheure Kämpfe heraufbeschworen hat, soll jetzt zeigen, ob er bereit ist, mit dem Vorstand des DMV zu verhandeln, oder ob es sich bei seinem Vorgehen ganz allein darum handelt, die Mitwirkung der Metallarbeiterorganisation bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beseitigen. Ist das letztere nicht seine eigentliche Absicht, so wird er auf den Verhandlungen eingehen, bis zum Abschluß der notwendigen Verhandlungen alle gekündigten Tarife weiterlaufen lassen. Gehen die Metallindustriellen auf nichts ein, lehnen sie selbst die Verhandlungen ab, so ist auch die Entscheidung ein Gewinn: denn wir sehen klarer, was der Unternehmer wirklich wollen.

Schwere Kämpfe bereiten sich vor, doppelt schwer, weil die Unternehmer ihre Wirtschaftskatastrophe zu nutzen wollen, um ihre alleinige Herrschaft wieder aufzurichten. Sie wännen die Gewerkschaften schon so schwach, daß sie jedes Diktat hinnehmen müssen. Die Eingabe des Vorstandes des DMV dürfte sie ein wenig anderen befehlen. Selbst in dieser furchtbaren Krise fühlen sich die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft nicht wehrlos. Unsere Mitglieder müssen jetzt die höchste Bereitschaft zeigen und alles tun, den Verhandlungen zu stärken. Wer aber auch jetzt noch Uneinigkeit in die eigenen Reihen trägt, wer schimpft und verleumdet, wer sich nicht eingliedern will und lieber seinen eigenen Klub gründet, begeht Verrat in einem Augenblick, wo der Gegner zum großen Schläge ausholen möchte. Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. H. Schil.

### So sind unsere großen Patrioten

Am 5. Oktober 1923, nach dem Abbruch des passiven Widerstandes an der Ruhr, erschienen die Herren Stinnes, Vögler, Velsen und Klöckner bei dem Befehlshaber der französischen Besatzungsgruppen, General Degoutte. Über diese Unterredung existiert ein von der Schwerindustrie selbst verfertigtes Protokoll, das am 20. November 1923 von Otto Wels im Reichstag verlesen wurde. Nach diesem Protokoll führte der Sprecher der Scharfmacher vor Degoutte aus:

„Die Industrie sei der Überzeugung, daß es ein schwerer Fehler gewesen sei, den sozialistischen Einflüssen nachzugeben und nach einem verlorenen Kriege auch noch eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuführen. Der rheinisch-westfälische Bergbau habe sich daher entschlossen, am kommenden Montag die Vorkriegsarbeitszeit wieder einzuführen, das heißt, achteneinhalb Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt für Untertagearbeiter und zehn Stunden für Übertagearbeiter. Die Industrie sei aber nicht in der Lage, ihre Absichten durchzuführen ohne die Unterstützung der Okkupationsmächte.“



Die Harzburger Selbst-Retter

Und das — wurde hinzugefügt — sei einer der Gründe für den Besuch. Auf diese unglaubliche Aufforderung hin hat der Herr General Degoutte es leicht, sich in die Pose des neutralen Mannes zu werfen und zu erklären:

„Die Okkupationsmächte hatten am 11. Januar proklamiert, daß sie die deutschen Gesetze achten würden. Der Achtstundentag sei deutsches Gesetz, seine Einführung sei außerdem auf den Friedensvertrag zurückzuführen, und er sei nicht in der Lage, in die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzugreifen.“

Nach dieser Feststellung der vernichtenden Abfuhr der Scharfmacher durch den französischen General fährt das Protokoll fort: „Herr Geheimrat Klöckner erklärte sogleich, daß Herr General Degoutte ihn zu früh unterbrochen habe und er sowohl wie auch Herr Stinnes haben im Laufe der Unterhaltung wiederholt scharf betont, daß die Industrie auch ihrerseits eine Einmischung der Okkupationsmächte in die Frage der Arbeitszeit nicht wünsche. Es sei das eine Frage, die die Industrie mit den Arbeitern einerseits und mit der Regierung andererseits selbst regeln werde. Die Bitte um Unterstützung beziehe sich nur auf solche Punkte, wo die Einwirkung der Okkupationsmächte selbst die Ausführung der Absichten der Industrie verbindere.“

Am Tage nach dieser Unterredung proklamierten die Scharfmacher die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit. Der Versuch, mit Hilfe der französischen historischen Bajonette die deutschen Arbeiter zu versklaven, steckhistorisch fest.

Das sind dieselben Leute, die sich auch „nationale Opposition“ nennen.

Wir werden sie haben, die großen Vereinigten Staaten Europas, die die Krönung der Alten Welt bilden werden, wie die Vereinigten Staaten die Krönung der Neuen Welt darstellen. Wir werden Eroberungsgeist haben, aber er wird Erfindungsgeist heißen. Wir werden ein Vaterland haben, aber eine ohne Grenzen, ein Budget ohne Parasitentum, einen Handel ohne Zölle, Verkehrsstraßen ohne Schranken, eine Erziehung ohne systematische Verblödung, eine Jugend ohne Kasernen, ein Heldentum ohne Krieg, eine Gerechtigkeit ohne Schaffott, ein Leben ohne Mord, einen Wald ohne Raubtiere, einen Pflug ohne Schwert, ein Wort ohne Maulkorb, ein Gewissen ohne Joch, eine Wahrheit ohne Dogma, eine Gott ohne Priester, einen Himmel ohne Hölle, eine Liebe ohne Haß. Victor Hugo, 1872



# Familie und Heim



## Von der Arbeit der Bahnmissionsmission

Werte Bahnmissionsmission!

Wir vermissen seit zehn Tagen unsern Sohn Fritz, 16 Jahre alt, Kaufmannslehrling. Heutzutage erhielten wir von ihm einen Brief aus B. mit der Bitte um Zusendung seiner Papiere, und zwar postlagernd. Ist es Ihnen möglich, den Jungen zu finden und uns zurückzusenden? Entstandene Kosten erstatten wir.

Mit herzlichstem Dank

(Unterschrift.)

So lautete ein Brief, den die Bahnmissionsmission von B. dieser Tage erhielt. Einige Telefongespräche genügten, da war der Fritz im Asyl ausfindig gemacht. Er wurde zum Bahnhof geschickt und erschien hier mit seinem älteren Freunde, der, arbeitslos, auf Wanderschaft gegangen war und den Fritz mitgelost hatte. Der Freund stellte dies laut in Abrede, Fritz sei so mitgegangen. Nun ja, soll man denn zwischen Kisten und Kästen in Lagerräumen seine Jugend und den Lenz verbringen? Draußen lockt alles in bunten Farben und frohen Tönen. Also geht man mit.

Aber bald findet man, daß die Welt doch ein wenig anders aussieht, als man daheim träumte, und auf Vaters Brief hin läßt man sich gern heim schicken. Jetzt erst wird einem klar, wie sehr die guten Eltern sich obgesorgt haben. Der ältere Freund allerdings protestiert gegen das Heim schicken: er könne den Eltern unmöglich auf der Tasche liegen, er wolle sich Arbeit suchen.

Ach, Arbeit! Wie gern möchte man sie den vielen Leuten vermitteln, die ratsuchend sich an die Bahnmissionsmission wenden! Halb Deutschland bevölkert heute die Straßen! Wieviel Kraft und Mut und Frohsinn wird vergeudet! Ob diese Not bald ihr Ende findet?

Man kocht Kaffee, gibt Butterbrot und rät dem Karl, sich einen Wanderschein zu erarbeiten in der Wanderarbeitstätte, dann habe er doch unterwegs ein ordentliches Nachtlager und auch seine Verpflegung. Man wünscht ihm Glück, daß er bald irgendwo wieder Verdienst fände. Irgendwo!

„Mama, hungrig, Mama, happe, happel!“ quälen die beiden Kleinen im D-Zug ihre Mutter. Hannover! ruft der Schaffner. Mutter steigt schnell aus, um den Kindern Kekse zu holen. „Einsteigen bittel! Zug fährt durch bis B!“ Die Mutter rennt, der Zug setzt sich in Bewegung, sie will einspringen. Ein kräftiger Ruck zieht sie zurück. Allein sausen die beiden kleinen Menschenkinder davon.

In B. kommt die Meldung an: „Bitte, zwei Kinder in Empfang nehmen, Mutter kommt mit dem nächsten Zug nach.“ Da gab's Arbeit für die Bahnmissionsmission! Nach einer guten Stunde strahlendes Wiedersehen!

Die Grete ist zum erstmaligen von Haus! Die Jüngste, Mutters Nestkücken. Weitab hat sie eine Landstelle erhalten. Jeden Abend weint sie in ihre Kissen hinein vor Heimweh und Jammer. Nach 14 Tagen packt sie ihren Koffer und erscheint auf dem Bahnhof. Ohne Geld! Da winkt das Schild: „Bahnmissionsmission.“ Die kann helfen! Nun muß sie mit aufs Jugendamt, sie wird über Kündigung und Davonlaufen aufgeklärt; aber man sieht, das Kind ist halb krank vor Heimweh. Man löst ihr eine Fahrkarte, die sie verspricht, zurückzuzahlen.

Eine blinde Dame möchte gern zu den Verwandten fahren. Aber eine Begleiterin kostet doppelte Fahrt! Doch die Bahnmissionsmission hilft auch hier. Sie geleitet die Blinde sicher an den Zug, wo sie im Kriegsbeschädigtenabteil fährt; man hat vorher die Bahnmissionsmission am Umsteigeort benachrichtigt. Die Helferin steht schon wartend da. So kommt man auch dort sicher in den Zug, und am Endziel stehen die Verwandten am Platz und freuen sich des Besuchs.

Die Ferien stehen vor der Tür. Man möchte den Kindern so gern einen Landaufenthalt oder einen Besuch bei der Großmutter gewähren. Aber die Reise! Was kann den Kindern alles zustoßen! Selbst kann man nicht mit, die Mittel reichen nicht. Wozu ist denn die Bahnmissionsmission da? Sie übergibt die alleinreisenden Kinder dem Schaffner, der nimmt sie mit in sein Dienstabteil, und an dem Umsteigeort steht schon die Helferin bereit, die vorher benachrichtigt wurde.

Wer ein Kind nach oder durch Berlin reisen lassen muß, der wende sich mit der Bitte um Abholung an die Bahnmissionsmission Berlin N 4, Tieckstraße 17, für die weibliche Jugend, und an den Bahndienst Berlin N 54, Sophienstraße 19, für die männliche Jugend.

Jede größere Stadt hat heute eine Bahnmissionsmission, die Adressen kann man aus den Plakaten in den Bahnwagen und auf den Bahnhöfen ersehen. Reisende aus kleinen Orten wenden sich am besten an die nächste größere Stadt um Auskunft. Die großen Städte haben auf dem Bahnhof selbst ein Büro. Als Anschrift genügt meist: An die deutsche Bahnmissionsmission in X.

Darum laßt getrost eure Kleinen reisen, wenn die Ferien kommen. Benachrichtigt beizeiten die Bahnmissionsmission, dann sind sie gut aufgehoben. Magdalena R.

## „Wegen Todesfall geschlossen“

Nachdem mich meine Gläubiger und ein ganzes Rudel Gerichtsvollzieher lange genug gehetzt, fast zur Verzweiflung getrieben hatten und nirgends ein Rettungsfunkeln mehr aufleuchtete, kam ich schließlich auf die grausige und doch humorvolle Idee, ein Schild vor die Türe meiner Wohnung zu heften mit der Aufschrift: „Wegen Todesfall geschlossen!“ Ich wollte auf diese Weise meine Peiniger durch die Majestät, durch das Furchteinjagende des Todes zur Besinnung, zum Rückzug zwingen.

Ich nahm mir also einen weißen Bogen und schrieb mit Tinte und in großen Schriftzügen darauf: „Wegen Todesfall geschlossen!“ Dann heftete ich es an einer sichtbaren Stelle der fraglichen Türe an, schloß sie sorgfältig hinter mir zu und stellte mich dahinter auf die Lauer.

Es dauerte nicht lange, da kam ein alter Bekannter, der gefürchtetste aller Gerichtsvollzieher. Das Trauerschild übersehend, gewohnheitsgemäß klingelte er dreimal hintereinander und wartete dann eine Weile. Als sich darauf niemand meldete, nahm er nervös seinen Bleistift zur Hand und wollte damit gegen die Tür klopfen, da sah er plötzlich das Schild mit der Trauerankündigung. Erschreckt hielt er in seiner Handlung inne, las nochmals ganz genau und machte schleunigst kehrt und verschwand. Erleichtert atmete ich auf und freute mich über meinen gelungenen Streich.

Aber es dauerte nicht lange, da klingelte es von neuem. Ich linste durch ein winziges Löchelchen in der Türe und sah nun zu meinem Entsetzen den aufdringlichsten meiner Gläubiger. Scheinbar hatte er auch das Trauerschild übersehen. Nachdem sich niemand auf sein fortgesetztes Klingeln gemeldet hatte, schlug er mit der Faust gegen die Türe und verursachte dadurch, daß das Trauerschild zur Erde fiel und des Wütenden Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Schnell bückte er sich, hob es auf und las es. Plötzlich wurde er leichenblau im Gesicht, seine Hand zitterte und ließ den Zettel fallen. Nervös und ängstlich schaute er sich um; indes stand ich hinter der Türe und konnte mich kaum vor Lachen halten. Dann schlich er leise und stumm davon.

Auch ihn hatte die furchteinjagende Majestät des Todes genau wie den Gerichtsvollzieher berührt und zum schleunigen Rückzuge gezwungen und mich, den Gehetzten und Verzweifelten, vor beiden bewahrt. Hermann Nöll.

Sie los sind von dem!“ Daß er vor ihrem Hause herumlungert, erscheint auch ihm verdächtig. Er will die Streife des Kommissars darauf aufmerksam machen. Er schärft Marie ein, vorsichtig zu sein, und sofort zu ihm zu kommen, wenn sich — was er aber nicht hoffe — etwas von Bedeutung ereigne.

Schlimm, schlimm! Marie, die mitten im Steigen ist und alle Kräfte braucht, wird unruhig. Die eiskalte Angst bohrt im Gehirn: Was will er nur? Was kann er nur vorhaben? So vergehen die Tage. In lähmender Furcht, die alle Arbeitskraft bremst. Es geschieht nichts.

Nichts. Wieder eine Woche. Noch eine Woche. Montag Marie kommt von einer großen Wäsche, ist todmüde, denkt an nichts anderes, als sich eine halbe Stunde auszuruhen.

Da steht er vor ihr, verlegen und Trotz zugleich, stellt sich ihr entgegen und fängt sie ab. Marie behält ihre Ruhe: aber diese Ruhe ist furchtbar zu ertragen. Trotzdem bleibt Marie scheinbar kalt, teilnahmslos und unerregbar, wie auch glaubhaft unerregt ihre Frage klingt: „Was willst du?“ Weiter nichts.

Er schweigt, stößt seine Verlegenheit ab und spielt den Verlorenen, der Reue fühlt. Aber er spielt schlecht. Marie zielt ihm ihre Verachtung ins Gesicht; sie trifft. Er zuckt mit den Achseln: „Gut! Wenn du nicht willst! Wirft den Kopf seitlich, spielt langsam die schwankende Zigarette aus dem linken Mundwinkel zum rechten hinüber. „Also, was soll schon sein? Pleite bin ich. Kein Wunder bei dem Pech, das man hat. Schlecht geht's mir. Nischt zu fressen und so weiter. Dachte, du hättest was und — na, dachte, du könntest mir was geben, nicht?“

Marie verliert die Ruhe. Der Mann muß fort von hier, fort aus dem Toreingang, der Mann darf nicht bei ihr gesehen werden. Marias Gehirn arbeitet. Etwas anderes bohrt dazwischen.

„Du bist doch versorgt. Dir soll es doch gut gehen. Du wohnst doch — da, bei der —“

Das war eine große Dummheit. Sie weiß es schon. Er stutzt, lacht kurze Stöße mit dem Zigarettenrauch durch die Nase, nickt wie ein Ertappender.

„Also, das weißt du auch? Sieh mal an, was du nicht alles weißt! Komisch, daß du dich darum bekümmerst. Wo es doch aus sein soll. Zwischen uns, nicht wahr? Oder nicht?“

Wutverzerrt und hart stößt Marie das in sein Gesicht: „Nie mehr will ich mit dir etwas zu tun haben! Nie! Nie!“

Er wirft, einzige Antwort, den Kopf wieder seitlich. „Na, wenn nicht denn nicht! Is auch egal! Aber das is nicht egal! Daß ich Geld brauch!“

So steht er vor ihr: kalt, beherrschend, fordernd. Marie schüttelt den Kopf. Läßt sich denn dieses Bild, dieser Mann mit der offenen Hand, nicht aus dem Kopf schütteln? Marie hat nun ganz ihre Ruhe verloren. Der Mann muß fort von hier, muß fort. Wenn sie ihm Geld gibt, wird er gehen. Sie wird ihm Geld geben, dieses Mal noch, und dann überlegen. Sie hat heute fünf Mark verdient, ein hartes, großes, blinkendes Stück Geld. Sie greift hastig in die Tasche, gibt es ihm, sieht ihn nicht an dabei. „Fort!“ Fritz nickt schwer, wendet sich, schlägt den Zeigefinger zur Mütze. „Na denn —! Wiederseh!“

Marie schreit ihm nach: „Nie wieder!“ sieht nur seinen Rücken, über dem unbestimmbar die Schultern hochzucken, über den Bürgersteig, jetzt über den Straßendamm schwanken und zwischen den anderen Rücken verschwinden.

Erst jetzt fassen Marias Hände die Schläfen, klopfen dort wach, sagen deutlich: Das war die zweite Dummheit! Warum warst du so dumm, Marie? Schlimm, schlimm um dich bestellt, Marie!

Marie kommt zu keiner klaren Überlegung. Noch dreimal fängt er sie ab und zwingt Geld aus ihr. Da erst wird sie hart: Sie droht ihm mit der Polizei, verrät, daß sie mit dem Polizeipräsidenten war, droht ihm unverkennbar ernst, daß sie wieder hingehen wird, wenn er sie nicht in Ruhe lassen will.

Seitdem hat Marie Ruhe. Er läßt sich nicht mehr sehen. Drei ganze Wochen gehen hin. Marie hat schon fast vergessen. Die Angst ist lau geworden. Das war keine schwere Granate, sagt sich Marie. Das war nur ein Blindgänger. Aber — weiß man das vorher?

Sonntag. Marie fährt mit den Kindern in den Grunewald. Sie gehen spazieren und haben sich Blechkuchen mitgenommen. Den essen sie zum Kaffee und lachen wunschlos glücklich, liegen auf den mitgenommenen Decken und sehen hinaus auf den See. Da schweben und gleiten weiße Segel, da schweben silbergraue und weiße Möven. Leicht und froh wie Marias wieder befreite Gedanken.

Spätabend, als sie nach Hause kommen. Die Granate! Die Korridortüre steht offen.

Marie, unklar noch in ihren Gedanken, läuft in die Stube. Da klappt die Schranktür weit geöffnet und zersplittert, aufgebrochen. Marie greift, indes ungläubhafte Ahnung sich zum klaren Angstgedanken formt, in die Tiefe des Schrankes. Leer! Marie greift nochmals und nochmals, beugt sich vor in das Halbdunkel, stochert mit ihren Fingern herum und sucht und sucht. Der Kasten, in dem das Wirtschaftsgeld für den nächsten Monat und zweiundfünfzig Mark Spargeld darüber hinaus aufbewahrt lagen, ist verschwunden. Marie fühlt sich ohnmachtsnahe. Die Eiskälte ist wieder da, strömt aus den Beinen in die Brust, fließt um das Herz, kriecht hoch ins Gehirn, durch die Schädeldecke bis in die Haare, die schmerzen.

Die Kinder stehen ängstlich in der Stube. Da sieht es wüst aus: Kleidungsstücke liegen auf dem Boden, die Schubladen aus der Kommode sind weit herausgezogen und roh durchkramt, das Vertikow steht offen, eine Glasvase liegt zerbrochen auf dem Tisch, die Blumen kleben verstreut in der Nässe auf dem Tisch Tuch. Jetzt sieht erst Marie den Kasten dort neben den Scherben. Sie springt hin, reißt ihn auf. Leer!

Schwer fällt Marie auf den Stuhl. Sie kämpft schwer gegen den Drang zur Ohnmacht an. Schwer, bei Bewußtsein zu bleiben. Kein klarer Gedanke läßt sich fassen. Dazu weinen jetzt die Kinder, hilflos und verängstigt. Nur Trude bleibt ruhig, steht vor der Mutter und tröstet. Gerd's Phantasie wird wach. Er vergißt, weiter zu weinen und will zu den Nachbarn und zur Polizei.

Jetzt erst wird Marie lebendig, schüttelt hart mit dem Kopf, stößt gepreßt hinaus: „Nein! Bleib hier!“ Gerd versteht das nicht, fragt dummd und hartnäckig. Da schickt Marie die Kinder ins Bett. Gerd soll in der Küche schlafen. Wie verprügelt schleichen die Kinder fort. Sie tun Marie leid. Aber was soll sie machen, was soll sie ihnen sagen? Soll sie ihnen sagen, daß ihr Vater sie bestohlen hat?

Mit Mühe gelingt es, die Korridortür zu verschließen. Marie schraubt von der Speisekammertür den Riegel ab, schraubt ihn an die Korridortür und schiebt den Riegel vor. Dann bringt sie die Stube in Ordnung. Sie nimmt die Sachen vom Boden auf, stellt und hängt sie wieder an ihre Plätze. Sie kontrolliert die ganze Wohnung und sieht alles durch und rechnet nach. Alles ist da, nur die Vase ist zerbrochen und das Geld ist fort.

(Wird fortgesetzt.)

## Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XXIX.

Ein gutes Jahr liegt zurück.

Oh, Marie hat es nicht leicht, keinesfalls. Marie kann noch nicht sparen. Zu große Löcher müssen erst noch gestopft werden. Aber bald wird Marie sparen können. Jetzt muß sie noch aufbauen. Das kostet Geld, all das Geld, das Marie sauer verdient. Aber das Leben ist schön. Marie weiß wieder, wozu sie sich abmüht. Marie lacht und manchmal singt sie wieder.

Die Wohnung hat einen kleinen schmalen Balkon, vielleicht drei Meter lang und anderthalb Meter breit.

Von dort sieht man hinunter in die breitmassige Laubkrone einer Kastanie; ein alter Nußbaum schwanke gegenüber, Flieder blüht unten, und auch ein Rasenleck ist dort. Rote Geranien tanzen da Ringelreihen um eine Stechpalme in der Mitte.

Der Balkon gehört den Kindern. Marie hat ihnen Sparbüchsen geschenkt, da ist Groschen auf Groschen hineingekommen, kleine Belohnungen — wie Gerd sagt: „Nebenverdienst!“ — für kleine Gänge und Besorgungen, die sie „für das Haus“ machen. Die Sparbüchsen sind geplündert; Marie hat noch hinzugelegt. Gerd hat zwei Stauden wilden Wein erstanden und außerdem einen kunterbunten Distelfink; Trude hat Petunien, Begonien und Geranien eingehandelt, märchenhaft billig auf dem Wochenmarkt; Mieke war für kletternde Kobäen, die einmal „doll blau“ blühen sollen. Und dann haben sie gedüngt.

Der wilde Wein klettert seitwärts an Schnüren hoch im Wettlauf mit den Kobäen. Das ist wie ein grüner Rahmen um das Ziegelrot, das Dunkelblau und Rosa, das in der Mitte flammt in herrlicher Verschwendung. An der Rückwand hängt der Käfig mit dem „Stieglitz“. Auch ihm scheint es hier zu gefallen; er ist lebendig für drei und laut für sechs.

Die Kinder haben sich gut gemacht. Marie hat recht gehabt. Wenn sie in der halben Stunde zwischen Aufwartung und Zeitungsauslagen da sitzt mit den Kindern, die den Kaffeetisch auf „ihrem“ Balkon gedeckt haben und mächtig stolz auf ihren Balkon sind, sagt sie sich das:

Es war gut so! Das war ein guter Gedanke! Die Straße ist gut, man kommt auf ihr vorwärts, ja, und sie steigt hoch.

So sagt sich Marie.

Eine Granate ist unterwegs. Sie kommt langsam, sehr langsam und hinterlistig. Schweres Geschöß muß sie sein. Sie ist noch unhörbar, aber sie kündigt sich schon an. Marie duckt sich. Das ist grauenhaft, zu ahnen und nicht zu wissen. Wo

mag sie einschlagen? Wie mag sie treffen? Wie soll man entfliehen?

Fritz ist da. Marie hat ihn gesehen, unvorbereitet, plötzlich. Überfall am helllichten Tage, Blitz aus heiterem Himmel. An der Plakatsäule war er gestanden, vor ihrem Hause, geduckter Beobachter zum Haustor hin — als Marie ihn sieht und erschrickt. Alles um Marie bewegt sich, fließt, fliegt vorbei; so wie Blickfeld aus rasendem Eisenbahnzug gesehen durch das Fenster, vor dem eben, im Bruchteil einer Sekunde jäh hingleitend und scharf umrissen, ein Gesicht stand und zurückflog.

Was bedeutet das? So muß er frei sein! Und ihre Wohnung wissen! Was will er?

Marie steht und überlegt. Er war auf Beobachtungsposten! Warum? Was hat er vor? Etwas mit den Kindern? Marie spürt eiskalte Angst. Entsetzlich!

Marie springt wieder zurück, springt die Treppen hinauf. Trude wird instruiert: Nicht die Tür aufmachen, um Gotteswillen nicht die Tür aufmachen, mag sein, was will! Zweimal den Schlüssel umdrehen und nicht öffnen! Und die Geschwister dürfen nicht auf die Straße hinunter bis zum Abend. Bis dahin will Marie mehr wissen.

Zwischen der Arbeit findet sie Zeit, zum Polizeipräsidenten hinunterzufahren. Der Kriminalkommissar, mit dem sie damals gesprochen hat, klärt auf.

Wie er damals prophezeit hat, ist es gekommen: Die Kolonne hat dicht gehalten und Fritz nicht belastet; es war ihm nichts nachzuweisen gewesen. So mußte man ihn mangels Beweis entlassen. Fritz ist tatsächlich frei. Aber er steht unter Beobachtung.

Der Kommissar geht zu einem Schrank, sucht aus einer Kartothek eine Karte und liest sachlich und ohne Kommentar: „Baltrusch, Fritz. Ohne Beruf, ehemals Kellner, geschieden. Vorbestraft wegen Diebstahls. Schwerverdächtig der Teilnahme an den Warenhauseinbrüchen der „Polnischen Kolonne“ und der Erschießung des Kommissars Borselt. Mangels Beweis vorläufig aus der Untersuchung ausgeschieden. Unter ständiger Beobachtung durch Kommissar Kandern. Beobachtungsergebnis: Wohnt in Schlafstelle bei der Prostituierten Emma Bunt, Kiebelstraße 26, Seitenflügel links vier Treppen. Als deren Zuhälter verdächtig, außerdem verdächtig als Kokainhändler. Selbst Kokainist, Trinker, streitsüchtig und brutal, Epileptiker. Nachtrag: Geschiedene Frau des Baltrusch unverdächtig und bestens beleumundet.“

Das genügt für Marie. Der Kommissar sieht sie schweigend an, zuckt mit den Achseln: „Na, Sie können froh sein, daß



# Verbandsleben



## Eine Kluft droht! Schlußbetrachtung der Schrifteleitung

Durch acht Nummern der MZ zog sich die Aussprache über unsern Aufsatz: Eine Kluft droht. An dem Ernst und der Gründlichkeit der Aussprache läßt sich er messen, wie brennend die Frage ist, die in unserm Aufsatz in der Nr. 33 behandelt wurde. Die Aussprache kann auch als Zeugnis dafür gelten, daß in unserm Mitgliederkreise der ernsteste Wille dafür vorhanden ist, das Verhältnis zwischen den erwerbslosen und den noch schaffenden Kollegen zu bessern. Was ja im Grunde nichts anderes heißt, als der Wille zur aktiven Solidarität.

In der Aussprache wird immer wieder betont, daß die Kluft zwischen den erwerbslosen und den noch arbeitenden Kollegen nicht nur droht, sondern daß sie längst vorhanden ist, und deswegen dürfte mit besserem Eingreifen nicht gezögert werden. Das ist auch unsere Meinung. Leider ist auch hier zwischen gutem Willen und wirklich besserer Tat ein hemmnisreicher Weg. Das klingt durch die Zeilen von vielen der Zuschriften.

Ehe auf die verschiedenen Besserungsvorschläge eingegangen wird, sei eine platte Selbstverständlichkeit angeführt: Es ist selbstverständlich, daß von der gewerkschaftlichen Organisation alles versucht wird und werden muß, das Verhältnis zwischen den noch schaffenden und den erwerbslosen Klassengenossen möglichst günstig zu erhalten. Es ist weiter selbstverständlich, daß unsere Organisation alle ihre Kräfte und Mittel für die Milderung der furchtbaren Not der Opfer der kapitalistischen Mißwirtschaft einsetzt. Diese Selbstverständlichkeit gilt auch für die Angestellten unserer Organisation.

In einigen Zuschriften wird an die Opferwilligkeit unserer Angestellten besonders appelliert. Das ist ganz in der Ordnung; aber ebenso mag es in Ordnung sein, daran zu erinnern, daß fast jeder der Angestellten über den allgemeinen Gehaltsverzicht hinaus in seinem gewerkschaftlichen oder örtlichen Kreis praktische Solidarität mit den notleidenden Kollegen übt, also Opfer bringt, die die Summe des Gehaltsverzichts weit übersteigen. Die Angestellten sprechen davon nicht gerne, weil sie meinen, nur einfach etwas für sie ganz Selbstverständliches zu tun. Daher ist es in der Verbandsöffentlichkeit nur wenig bekannt, so daß es nicht überflüssig scheint, in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen.

Die Besserungsvorschläge beziehen sich in der Hauptsache auf drei Dinge, auf die Milderung der körperlichen, der seelischen und der wirtschaftlichen Not der Erwerbslosen. Wir haben die körperliche Not hier vorangestellt, weil wir aus eigener Erfahrung wissen, daß, wenn diese Not gemildert wird, sich die seelische bis zu einem gewissen Grade selbst mindert. Schlechte Stimmung, Gefühle der Bitterkeit und Verzweiflung entspringen im hohem Grade körperlichem Unbehagen. Das Sprichwort: Sorgt für den Magen, und die Moral sorgt für sich selbst! gilt auch hier.

Zur Milderung der körperlichen Not aber gehört vor allem Geld, und das ist in dieser Elendszeit bei den ersten Leidtragenden des wirtschaftlichen Elends zweifelnd wenig vorhanden. Selbst die Glücklichen, denen noch der Arbeitsplatz beschert ist, wissen mit jedem Tag weniger, wie sie Leib und Seele zusammenhalten sollen. Ihr Einkommen wird immer mehr durch Lohnabzug, Kürzung der Arbeitszeit und neue steuerliche und sonstige Belastungen verringert. Trotz alledem stehen sie sich noch besser, als ihre ganz erwerbslosen Genossen. So glauben wir, daß sie, die noch schaffenden Kollegen, ihren nicht mehr schaffenden Kollegen noch helfen, noch manchen Magen stillen, noch manche seelische Wunden am Entstehen hindern können.

Nehmt auch der Kinder an! heißt es in einer der Zuschriften. Ja, der Kinder! Es würde eine gewaltige Erleichterung für die Erwerbslosen sein, wenn sie wenigstens wüßten, daß ihren Kindern tagtäglich eine Mahlzeit sicher wäre. Sollte das nicht möglich sein? Sollte nicht mancher unserer noch schaffenden Kollegen an seinem Eßtisch ein Plätzchen freimachen können für ein Kind eines seiner erwerbslosen Kollegen? Das geschieht sicherlich schon in Tausenden von Fällen, aber offenbar noch nicht genug. Vielleicht gehen auf diese Anregung hin viele unserer Kollegen zu einem ihrer erwerbslosen Kameraden und sagen ihm: Schick uns wenigstens ein Kind zum Essen; so wenig wie wir auch haben, es wird noch für ein Kind langen!

Allerdings stehen körperliche und seelische Not in enger Wechselwirkung. Die Schmerzen des Magens werden schärfer gefühlt, wenn die Seele leer ist. Dies scheint auch die Meinung vieler Teilnehmer an der Aussprache zu sein. Neben dem Verlangen nach finanzieller Hilfe kehrt der Ruf nach seelischer Nothilfe immer wieder. Menschliche und familiäre Solidarität wird gewünscht. Daß dieser Wunsch so dringlich gemacht wird, läßt erkennen, daß es hier bedenklich hapert. Daß es hapert auf einem Gebiete, wo viel leichter als auf dem finanziellen Erleichterung geschaffen werden kann.

Um die seelische Not zu mildern, werden gesellige Veranstaltungen, Aufenthaltsheime für die Erwerbslosen, Kurse und Vorträge verlangt. Freilich wird auch gesagt, daß es Kurse und Vorträge schon genug gebe, die von den Erwerbslosen nur benutzt zu werden brauchen. Aus diesem Widerspruch geht hervor, daß es hinsichtlich der Kurse und Vorträge örtlich noch recht unterschiedlich steht.

An geselligen Veranstaltungen scheint es indessen meistens zu mangeln. Sie sollten viel ernster genommen werden. In der Frühzeit unseres Verbandes wurde von den Mitgliedern die Geselligkeit viel mehr als heute gepflegt. Oft nach jeder Versammlung, zuweilen jeden Sonnabend oder Sonntag, trafen sich die Mitglieder mit ihren Familien. Man lernte sich dadurch kennen,

kam sich menschlich näher, erfuhr gegenseitig, wo der Schuh drückte — und half sich gegenseitig durch schlimme Tage hindurch, an denen es früher bekanntlich auch nicht fehlte. Im Lauf der Jahrzehnte ist die Geselligkeit — leider — immer mehr abhanden gekommen, zum Schaden der menschlichen Solidarität, der Kollegialität und der Organisation. Früher bildete jede Mitgliedschaft viel mehr als heute eine Kameradschaft, eine Familie. Aus diesem innigen Verhältnis der Mitglieder zueinander quoll ein starker Strom gegenseitigen Vertrauens, frohe Zuversicht in trüben Stunden und das unverwüsthliche Kraftbewußtsein, daß wir, der kleine Haufen, die vielen Widersacher bestimmt überwinden, unsern Ziele näher kommen würden. Durch das innige Verhältnis ist die Organisation emporgetragen worden. Und wenn heute, unter sicherlich nicht ungünstigeren Umständen als einst, die Geselligkeit mehr gepflegt würde, die Kollegen würden sich gegenseitig besser verstehen, die Kluft könnte überbrückt werden.

Es ist also ein Wandel sehr erwünscht. Warum sollten sich die noch schaffenden und die erwerbslosen Kollegen nicht in kurzen Abständen zu Unterhaltung und selbst zu Vergnügen zusammenfinden können? Gerade jetzt, wo sich beide mehr denn je brauchen? Einen Gaul kann das schließlich ja nicht kosten. Das dafür aufgewendete Geld bringt hundertfältig Zinsen.

Verschiedentlich wird in der Aussprache gewünscht, daß der erwerbslose Funktionär der Organisation dadurch zu erhalten versucht werde, daß man ihm auch während der Arbeitslosigkeit eine paßliche Betätigungsmöglichkeit in der Organisation offenhält. Nichts ist berechtigter. Wie der Wunsch zu erfüllen ist, hängt von den örtlichen organisatorischen Eigenartigkeiten ab. Die Ortsverwaltungen werden darüber zu befinden haben. Daß sie den Wunsch, wenn immer möglich, erfüllen, liegt ja in ihrem eigenen Interesse.

Mehrfach wird geklagt, daß die im Betriebe verbleibenden Kollegen nicht genug Rücksicht auf die ausscheidenden und ausgeschiedenen Kollegen oder deren Not nehmen. Der Abschied aus dem Betriebe, von der vielleicht sehr alten Kameradschaft, gehe sang- und klanglos, ohne ein mitfühlendes Wort, vor sich. Wenn man die hohe Zahl der Klagen in dieser Sache als Grundlage des Urteils nimmt, dann scheint allerdings hier sehr oft gesündigt zu werden. Der Abschied von der Werkstattkameradschaft, das Benehmen der zurückbleibenden Kollegen den ausscheidenden gegenüber prägt sich tief in die Seele des Ausscheidenden ein. Die Art des Abschiedes wird, je nachdem wie sie war, für den erwerbslos gewordenen Kollegen eine gute, erhebende Erinnerung hinterlassen, oder das Gegenteil. Das Gefühl, das der ausscheidende Kollege mit in die Drangsal der Arbeitslosigkeit nimmt, wird sein Verhältnis zu seiner Kollegen-schaft und seiner Gewerkschaft nicht wenig bestimmen. Das sollte allerseits wohl beachtet werden. Immer und überall die gebührende Rücksicht auf die Gefühle und die Lage der erwerbslosen Kollegen: Mehr seelische Nothilfe!

Zum Schluß noch eine Binsenwahrheit: Die arbeitslosen und die noch schaffenden Kollegen gehören unbedingt zusammen. Wehe, wenn die einen oder die andern das vergessen oder nicht ernst genug nehmen sollten. Die ganze Arbeiterklasse hätte es teuer, sehr teuer zu bezahlen. Die Kluft in uns also unbedingt überbrückt werden! Über das Wie sind genug Vorschläge gemacht worden. Sie sind auf Grund der örtlichen Verhältnisse oder Notwendigkeiten zu prüfen und durchzuführen. Gewartet sollte damit nicht werden. Vom schnellen Handeln hängt ungeheuer viel für das unerläßlich gute Verhältnis zwischen allen Teilen des Proletariats ab. An der furchtbaren Not, unter der alle Teile der Arbeiterschaft leiden, sind ja nicht diese oder jene Kollegen schuld, sondern die kapitalistische Wirtschaft. Sie ist das Urübel. Sie muß beseitigt werden. Dazu aber ist volle Einigkeit und Geschlossenheit der gesamten Arbeiterschaft unerläßlich; eine geschlossene und einige Arbeiterschaft also, keine zerklüftete. Darum:

Die Kluft überbrücken!

## Zehn Jahre AfA-Bund

Zu seinem Leipziger Kongreß legt der Allgemeine freie Angestelltenbund ein großangelegtes Handbuch vor, betitelt „Die Angestelltenbewegung 1928—1931“, das neben den besonderen Fragen der Angestelltenbewegung über die Wirtschafts- und Sozialpolitik unserer Zeit hervorragend unterrichtet. Bemerkenswert sind unter anderem die Feststellungen über die Auswirkung der Rationalisierung auf die Angestelltenschaft. Während in der ersten Phase der technischen Rationalisierung die Zahl der Angestellten überaus schnell anwächst und überall das Zahlenverhältnis von Arbeitern und Angestellten zugunsten der letzteren verschoben wird, verlagert sich das Wachstumsergebnis in der zweiten Phase ganz erheblich und vor allem: Es werden mehr Angestellte abgestoßen als aufgenommen, auch unter den Angestellten nimmt die Massenarbeitslosigkeit immer mehr zu. Zugleich heißt die Rationalisierung noch von einer anderen Seite in aller Deutlichkeit das proletarische Lebensschicksal des Angestellten. Die Kurzarbeit, bisher bei der Angestelltentätigkeit so gut wie unbekannt, greift in wachsendem Ausmaß um sich und wird von den Unternehmern als Mittel benutzt, auch bei bestehenden und langfristig laufenden Tarifverträgen eine Kürzung der Gehälter durchzuführen. Diese Methode, die Gestehungskosten herabzudrücken, ist dem Unternehmern um so lieber, als das rohe Mittel der Entlassung der Arbeitskräfte für die Betriebe beim Angestellten sehr gefährlich ist, da die Erhaltung eines geschulten und zuverlässigen Angestelltenstabes auch bei schlechter Wirtschaftslage für jedes Unternehmen eine Lebensnotwendigkeit ist.

## Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem 25. Oktober, ist der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. bis 31. Oktober 1931 fällig.

## Änderung der Beitragsmarken

der ersten und zweiten Beitragsklasse

Vom 4. Vierteljahr 1931 an werden die Farben der Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse gewechselt.

Die Farbe der neuen Beitragsmarke der ersten Beitragsklasse (Grundbeitrag 1,10 M) wird grün (bisher rot).

Die Farbe der neuen Beitragsmarke der zweiten Beitragsklasse (Grundbeitrag 0,85 M) wird rot (bisher grün).

Die neuen Beitragsmarken gelten von der 40. Beitragswoche (27. September 1931) an. Nach dem 27. September dürfen Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse mit den alten Farben nicht mehr verwendet werden.

## Öffentliche Aufforderung:

Der Schlosser Georg Schwarting, geb. am 9. Januar 1904 zu Osternburg, Mitgliedsbuch Nr. 5994506, bis März 1930 in Oldenburg i. O. angemeldet, wird hierdurch aufgefordert, seine Adresse dem Vorstand mitzuteilen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorstand

## Verbandsanzeigen

Ohlau, Oppeln: Lokalgeld wird nicht mehr gezahlt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse  
der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)  
Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im September 1931

Krankenkasse:	
Einnahmen	64 789,88 M
Ausgaben	45 542,72 „
Mehreinnahmen	19 247,16 „
Kassenbestand am 1. September 1931	1 965 249,68 „
Kassenbestand am 30. September 1931	1 984 496,84 „
Sterbekasse:	
Einnahmen	35 880,30 M
Ausgaben	24 622,58 „
Mehreinnahmen	11 257,72 „
Kassenbestand am 1. September 1931	1 707 506,65 „
Kassenbestand am 30. September 1931	1 718 764,37 „

Kollegen aller Berufel! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfall vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je; denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.“

Hamburg, im Oktober 1931

Der Vorstand

Durch das Reichsgerichtsurteil, das „Angestelltenehalt und Arbeitszeit“ zusammengeklagt und damit dem Arbeitgeber ohne Rücksicht auf den Tarifvertrag die Befugnis erteilt hat, durch Arbeitszeitverkürzung auch gegen den Willen der Tarifparteien und der betroffenen Angestellten eine Gehaltssenkung vorzunehmen, ist dem kollektiven Arbeitsvertrag und der rechtlichen Sonderstellung der Angestellten ein schwerer Stoß versetzt worden.

## Robert Heine Jubilar

Am 1. Oktober konnte Robert Heine in Halle auf eine 25jährige Tätigkeit als Gewerkschaftsangehöriger zurückblicken. Von Beruf Schmied, schloß er sich seiner damaligen Berufsorganisation, dem Schmiedeverband, an. Maßregelungen und sonstige wirtschaftliche Nachteile blieben ihm nicht erspart, denn oftmals mußte er seine Arbeitsstätte wechseln, da man den „Hetzer“ auch bei den „Schmiedekräutern“ nicht haben wollte. 1906 wurde er Gauleiter des Schmiedeverbandes. Bei dessen Übertritt zum DMV siedelte unser Jubilar nach Halle über, um als Sekretär des damaligen 5. Bezirks tätig zu sein. Robert Heine hat manche Waffe mitgeschmiedet, die die Arbeiterbewegung in erfolgreicher Weise benutzen konnte. Neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit hat er verschiedene Posten in der SPD bekleidet. Wo immer er in der Arbeiterbewegung stand, hat er wacker geschaffelt. Dafür danken ihm seine Genossen. Und wir tun desgleichen und wünschen, daß ihm noch ein langes Schaffen für unsere Sache beschieden sein möge.

## Jubilarsfeier in Celle

Am 3. Oktober konnte von unserer Verwaltungsstelle in Celle, wiederum die Ehrung von drei Jubilaren vorgenommen werden. Vom Bevollmächtigten, Kollegen Weiß, wurden die Jubilare und die zahlreich erschienenen Mitglieder begrüßt. Als Vertreter des Vorstandes und der Bezirksleitung sprach Bezirkssekretär Tornau-Hannover den Jubilaren Dank und Anerkennung für ihre Arbeit und Treue aus. Kollege Fricke handigte den Jubilaren mit herzlichen Worten die Jubiläumsmedal und die Ehrenurkunde aus. Im Namen der Jubilare dankte der Kollege Jakob. Zur Verschönerung der Feier trugen ernste und heitere Lieder des Gesangsvereins Talia sowie Deklamationen von Mitgliedern der Celler Jugendgruppe bei. Bei Musik und Tanz gab es noch einige frohe Stunden.

# Bericht über Australien / Von Carl Handruck

Die Weltwirtschaftskrise wütet auch im „Land ohne Volk“, in Australien. Die Krise und die außergewöhnliche Arbeitslosigkeit können keine Überraschung sein. England schickte nach dem Kriege jahraus jahrein 10 000 Menschen nach dort und Italien 3000 bis 4000. Die Einwanderer sollten siedeln, und zwar nach dem Innern zu. Der größte Teil der englischen Einwanderer aber sind Handwerker, die keine Neigung nach dem wasserarmen Innern verspürten, sondern in den paar Großstädten, die meist Hafenstädte sind, hocken blieben. So wuchs die Einwohnerzahl der Städte und deren Arbeitsverhältnisse wurden von Jahr zu Jahr schlechter. Das Hinterland aber harret noch immer der Erschließung.

Fehler wurden in der Zeit der großen Goldfunde gemacht. Man hat nicht zeitig genug vorgebaut für einen Rückschlag im Goldbergbau, und diese Rückschläge treten seit 15 Jahren immer mehr in den Vordergrund. In der Zwischenzeit hat Australien viel Geld in England aufgenommen zum Ausbau des Landes, und kann es jetzt natürlich schwer zurückzahlen. Dazu kommen noch die Summen der freiwilligen Kriegslasten, so daß man auch in Australien nach Moratorium und Notverordnungen schreit.

Wie weit der Goldausbau zurückgegangen ist, geht aus folgendem hervor: Im Jahre 1900 waren 20 000 Menschen in den Goldminen beschäftigt, 1930 nur noch 400. Das hat natürlich auf das Wirtschaftsleben einen ganz gewaltigen Einfluß ausgeübt. Heute sind Arbeitslose dabei, im Auftrage der Regierung mittels eines neuen Verfahrens aus den alten Schutthäufen der großen Goldminen das noch darin enthaltene Gold herauszuholen; denn früher wurde das Auswaschen viel sorgloser betrieben, so daß das abermalige Waschen noch lohnend ist.

Diese Goldrauschzeit brachte für die australischen Arbeiter die höchsten Löhne der Welt und erhebliche soziale Errungenschaften. Die Gewerkschaften waren stark und sorgten für die Arbeiter. Multimillionäre wie in Amerika gibt es in Australien auch heute noch nicht.

Die Erschließung Australiens durch Weiße ist kaum hundert Jahre alt seit der ersten Besiedlung. Die schwarze Rasse, Buschneger, ungefähr 50 000, haust zurückgedrängt in Reservationen und Missionsstationen. Von der Küste aus ist eine Zone von ungefähr 1500 km besiedelt, alles andere ist heute noch Sandboden — das „Tote Herz Australiens“. In den gut besiedelten Gegenden will man das modernste in der Technik verwerten. Australien wurde und wird noch von Kommissionen aller Länder überlaufen, und jede will große Geschäftsabschlüsse für ihr Land tätigen. Auf diese Weise ist man zu den unterschiedlichsten Voltspannungen, von 90 bis 250 Volt, gekommen. Fast jede Gegend arbeitet mit anderen Spannungen. Dies ist natürlich sehr nachteilig beim Bestellen neuer Apparate.

Die australischen Löhne sind die höchsten mit in der Welt. Die wöchentlichen Spitzenlöhne schwanken zwischen 140 und 70 M ohne Abzug. Von 7000-M jährlichem Einkommen an braucht erst Steuern gezahlt werden. Die Arbeitszeit beträgt vierzig Stunden. Gesetzlich muß Sonnabends um zwei Uhr alles geschlossen sein, auch die Geschäftsläden. Erst Montag früh um 9 Uhr fängt alles wieder an.

In Australien ist das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern mit auffallend viel demokratischem Öle gemildert. Außerhalb der Werkstatt ist jeder Mensch, Bürger. Titulaturen und Rückenkrümmung gibt es nicht, auch keine gesellschaftliche Absonderung der Klassen. Dies sei an einem Beispiel dargetan: Der Bäckerjunge, der früh die Brötchen ins Haus bringt, spielt nachmittags während seiner Freizeit mit der Tochter oder Frau des Hauses als Tennispartner, ohne daß es ein Rümpfen gibt. In dieser Beziehung wird der Australier uns wohl immer ein Vorbild sein.

Seit 1. Juli dieses Jahres ist auch in Australien Lohnabbau eingetreten, und zwar 20 vH für die höher Besoldeten und 10 vH für die Arbeiter. Diese Kürzungen haben in Australien viel Kampf gekostet in dem Bundesparlament von Canberra. Der Arbeiterpartei Scullin, der jetzige Erste Minister von ganz Australien, ist mit seinem Programm, Australien zu sanieren, durchgedrungen, und hofft, in drei Jahren schon eine deutliche Besserung erreicht zu haben. Am niedrigsten stehen die Löhne der Farmarbeiter. Zwischen 40 und 100 M den Monat bei freier Verpflegung, wenn man die Landessprache, englisch, versteht. Ein Grünhorn wird natürlich weniger bekommen.

Australien hat herrliches, gesundes Klima. Zehn Monate Sonnenschein, zwei Monate Regenzeit als Winter. Viele Bodenschätze, wie Wismut, Marienglas, Wolfram, Kupfer, Eisen und auch noch Gold an verschiedenen Stellen, dann große Eisen- und Kohlenlager, die frei an der Oberfläche liegen, die man aber nicht abbauen kann, da Verkehrswege noch nicht geschaffen sind. Es fehlen jetzt die Barmittel zum weiteren Ausbau des Landes. Die Wasserarmut könnte viel mehr behoben werden, wenn die künstliche Berieselung noch mehr ausgebaut werden könnte. Große Staubecken sind zu wenig vorhanden. Es ist erst jetzt wieder durch die Flut im Murraygebiet bewiesen, daß hier das langgeplante Staubecken dem Wirtschaftsleben sehr viel Gutes jetzt hätte leisten können. Die Arbeitslosenzahl würde in Australien eher zusammenschrumpfen, wenn das Land große Kapitalien aufbringen könnte, denn Gegenwerte für Anleihen sind genügend vorhanden, nur wollen die heutigen Großgeldgeber kurzfristig mit hohen Zinsen arbeiten.

Offt schreiben jetzt Zeitungen von einem Zusammenbruch und Bankrott Australiens. Wenn Australien uns in den Zustand zu erleiden hätte, so käme Australien immer noch viel eher heraus aus der Wirtschaftskrise als wir. Auf alle Fälle bleibt Australien ein Zukunftsland. Denn es ist 16½ mal so groß wie Deutschland und hat nur 6 400 000 Einwohner, gutes Klima und eine Überfülle von Bodenschätzen. Ein solches Land hat eine gewaltige Zukunft, Europa kann sich jedoch jetzt nicht darum kümmern, weil es selbst Sorgen genug hat.

Unter der Überschrift: Die größte kapitalistische Schiebung des Jahrhunderts, schreibt W. Wallis im Melbourne Labor Call vom 27. August unter ähnlichem:

Armes Australien! Das Singen von Kriegsliedern (im Jahre 1914) hat dieser werdenden Nation 773 Millionen Pfund von ihren Einnahmen und vier Anleihen gekostet, während an Kriegspensionen und Anleihen weitere 500 Millionen Pfund unserer Nachkommenschaft als Stiftung hinterlassen wurden. Wie wird sie das bezahlen? Wird unsere Nachkommenschaft diesen Krieg als ein geschichtliches Ereignis ansehen, das auch nur der Erinnerung wert ist? Kaum. Niedergedrückt von Schulden ist unsere Jugend heute in einer äußerst wenig beneidenswerten Lage mit wenig Hoffnung auf die Zukunft. Frauen nehmen in raschem Tempo die Stellungen der Männer ein und das heranwachsende Geschlecht muß nach einer anderen Lebensmöglichkeit Umschau halten. Wohin aber kann es ausschauen? Das ist die Frage. Den Männern vergeht die Stimmung. Sie denken nicht mehr an Abenteuer (wie 1914).

Vor der großen Blutkur war Deutschland Australiens bester Kunde und die Deutschen zählten mit zu unseren besten Bürgern. Ganze Bezirke von Daintree Fluß in Nordqueensland bis zu der Midlandbahn in Westaustralien, ganz zu schweigen von Südaustralien, sind gerodet und produktiv gemacht worden von Deutschen, die ohne Zweifel die besten Pioniere der Welt sind.

Und dennoch bekriegt Australien diese Leute, die Staatenbauer im wirklichen Sinne des Wortes waren. Sie bauten ein Reich für Australien, errichteten in der Wildnis Heime, um aus Australien ein Land zu machen, wo zu leben es sich lohnt. Die britischen Imperialisten jedoch dachten an nichts anderes, als Australien zu einem Vasallenstaat des Britischen Weltreichs zu machen. Sie schrien nach dem letzten Mann und den letzten Schilling für den Krieg mit Deutschland, und wer dies lächerlich fand, wurde als Fanatiker oder Deutschenfreund hingestellt. Ich bin kein Deutscher, aber ich habe in Deutschland gelebt und meine besten Freunde waren Deutsche. Heute denkt kein Australier mehr daran, sein Bajonett den Deutschen in den Leib zu stoßen, wie es in den Jahren 1914 bis 1918 der Fall war. Unsere Landsknechte hatten Blutdurst bevor sie Melbourne verließen. Arme getauschte Toren! Sie machten dieses Land zu einem Sumpf von Elend für sich selbst und ihre Brüder, während die patriotischen Schreihälse den Gewinn einscheuerten.

In jenen Kriegstagen war Geld in schwerer Menge vorhanden, während es heute in diesem durstigen Lande nicht einmal möglich ist, ein Glas Freibier zu bekommen. Die Kapitalistischen hängen über den Trost mit der Absicht, den Lebensstand der Arbeiter auf den Stand längst vergangener Zeiten zu senken. Die Nationalhymne ist: Gott erhalte den König und laßt die Arbeiterschaft Dreck essen. Die Profitmacher und Ausbeuter, die Banken und Finanziers füllten ihre Scheuer im Kriege, und sie benutzen den Raub, um die Menschen im Joch zu halten.

Die wahre Ursache der Schwierigkeiten Australiens ist der Krieg in Europa. Australien hätte neutral bleiben und sich nicht die ungeheure Schuld aufhalsen sollen, die abzuzahlen es außerstande ist. All das Gekreische über nationale Ehre ist nichts wie heiße Luft...

## Die Krise in Frankreich

Die französische Wirtschaft, auf dem Inlandsmarkt von der Krise bisher weniger heimgesucht, leidet unter einem starken Ausfuhrückgang. Insbesondere geht die Ausfuhr von Fertigwaren gewaltig zurück, viel stärker als deren Einfuhr. War die französische Handelsbilanz 1929 noch um 1,8 Milliarden Franken aktiv, so wies sie 1928 bereits einen Einfuhrüberschuß von 2,1 Milliarden Franken auf. Der Einfuhrüberschuß stieg 1929 auf 8 Milliarden, 1930 auf 9,5 Milliarden, in den ersten sieben Monaten dieses Jahres auf 8,1 Milliarden Franken und, falls es so weiter geht, wird das laufende Jahr ein Defizit der Handelsbilanz um beinahe 14 Milliarden Franken aufweisen. Führt England hohe Zölle gegen die Luxuseinfuhr ein, so dürfte die französische Ausfuhr davon ganz besonders betroffen werden, da die Hälfte der starken französischen Ausfuhr nach England auf Luxuswaren entfällt. Bisher waren gerade die Luxuswaren von dem Ausfuhrückgang weniger betroffen, auch war die Ausfuhr von chemischen Produkten und Papier recht widerstandsfähig. Um so größer ist der Ausfuhrückgang für Textilien, Lederwaren, Konfektion und Eisen- und Stahlfabrikate.

Der außerordentlich große Rückgang des Fremdenverkehrs trägt zur Verschlechterung der französischen Zahlungsbilanz im weiteren Sinne bei. Um dem Ausfuhrückgang zu begegnen, müßte Frankreich die Produktion von Ausfuhrwaren verbilligen und die Kaufkraft der Abnehmer durch Bereitstellung der umfangreichen französischen Kapitalien stärken. Die Produktionskosten haben sich aber in Frankreich erheblich erhöht, nicht zuletzt durch die Goldinflation, das Einströmen von Gold nach Frankreich, das zur Grundlage von Notenausgabe und Krediten gemacht wurde und eine starke Senkung des Preisniveaus ähnlich wie bei anderen Exportländern verhinderte. Die gewaltigen Getreidezölle haben zur Verteuerung der Lebenshaltung stark beigetragen und die Ausfuhrlage Frankreichs ebenfalls verschlechtert.

Um das Defizit der Handelsbilanz zu vermindern, schlug Frankreich nicht den Weg der Ausfuhrförderung, sondern den der Abschließung vom Ausland ein. Neben den erwähnten Getreidezöllen wurden in letzter Zeit eine Anzahl von Einfuhrverboten erlassen. Die nach Frankreich zugelassenen Einfuhrmengen wurden festgesetzt, und die Einfuhr darf nur im Rahmen dieser Mengen (Kontingente) erfolgen. So wurde die Einfuhr von Kohlen, Wein, Holz und zuletzt von Vieh auf diese Weise eingeschränkt. Auch gegen die russische Ausfuhr wurden starke Absperrmaßnahmen eingeführt. Damit schlägt Frankreich den Weg der Selbstgenügsamkeit — Autarkie — ein, nicht zum Nutzen seiner eigenen Volkswirtschaft und bestimmt zum Schaden der übrigen Welt.

## Auch Gummi soll verbrannt werden

Vor einigen Monaten wurde in Santos, Brasilien, mit der Verbrennung von Kaffee zur Verknappung der Weltvorräte begonnen, und, als die Bevölkerung den Geruch des verbrannten Kaffees nicht gut ertragen konnte, erfolgte die Vernichtung weiterer Kaffeevorräte auf andere Weise, der Kaffee wurde ins Meer geschüttet, statt den Kaffee Arbeitslosen zu schenken, die den Markt für Kaffee nicht gestört hätten, da sie kein Geld für den Kauf von Kaffee besitzen, wurde der Kaffee vernichtet. Genügt hat die Vernichtung nichts, der weitere Sturz der Kaffeepreise konnte nicht aufgehalten werden.

Jetzt wird vom englischen Gummikapital ein ähnlicher Plan propagiert. Die Besitzer von Gummipflanzungen sollen die vorhandenen Gummivorräte aufkaufen und sie zwecks Verknappung der Weltvorräte verbrennen. Wie Manchester Guardian Commercial schreibt, wurden die Pflanzungsbesitzer zum guten Teil für den Plan gewonnen, nachdem die Aktion zur organisierten Einschränkung der Gummiproduktion scheiterte. Selbstverständlich könnten diese Vorräte sehr gut Verwendung finden, zum Beispiel für Straßenbau, für den Gummi ein ausgezeichnetes Material ist. Die kapitalistische Moral zieht jedoch die Verbrennung der Gummivorräte vor.

## Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen in sowjetrussischer Beleuchtung

Der Trud, das Hauptblatt der russischen Gewerkschaften, bringt am 6. Oktober einen längeren Aufsatz von Hard (offenbar ein Pseudonym), in dem über mangelhaftes Entgegenkommen der deutschen „herrschenden Kreise“ Sowjetrußland gegenüber geklagt wird. In dem Aufsatz heißt es u. a.: „Es muß darauf hingewiesen werden, daß im 1. Artikel des Vertrages von 1925 betont wird, daß beide Vertragsteile sich verpflichten, die wechselseitigen Handelsbeziehungen so schnell wie möglich auf den Vorkriegsstand zu bringen. Die Sowjetunion hat diese vertragliche Verpflichtung so energisch durchgeführt, daß bereits im Jahre 1931 der Umfang der Sowjetbestellungen in Deutschland den Vorkriegsstand überschritten hat. 1913 gingen 6,5 vH der deutschen Ausfuhr nach Rußland, 1931 hat die betreffende Zahl bereits 7,8 vH erreicht. 1913 betrug der deutsche Export nach Rußland dem Werte nach 660 Millionen Mark. Aber bereits im Laufe der ersten neun Monate dieses Jahres hat der deutsche Export 800 Millionen Mark erreicht... Auf dem Gebiete des deutschen Maschinen-, Eisen- und Stahlexports nimmt die Sowjetunion den ersten Platz ein... Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Entwicklung des deutsch-russischen Handels nicht nachgekommen ist... Die tatsächliche Beeinträchtigung des sowjetrussischen Exports ist besonders offensichtlich in bezug auf Streichhölzer: Die deutsche Regierung hat dem wichtigsten Konkurrenten der Sowjetunion, dem schwedischen Kreuzer-Trust, ein Monopol eingeräumt, was dazu geführt hat, daß der deutsche Markt für russische Zündhölzer verschlossen ist... Gleichzeitig ging eine galoppierende Heraufsetzung der deutschen Zollsätze vor sich. Zu gleicher Zeit wird in Deutschland eine wahnsinnige Hetze gegen sowjetrussische Exportartikel, wie Erdöl und Holz, geführt und die deutschen agrarischen Kreise haben einen Feldzug für weitere Beeinträchtigung des Sowjetexports eingeleitet. Unlängst sind mit Rumänien und Jugoslawien, die im deutschen Export eine ganz unbedeutende Rolle spielen, Grenz-Verträge abgeschlossen und auch mit dem amerikanischen Komitee für Stabilisierung der Getreidepreise ist ein Vertrag abgeschlossen worden, auf Grund dessen Deutschland in den Vereinigten Staaten 200 000 Tonnen Weizen eingekauft hat. Mithin sehen wir Entgegenkommen gegenüber den Konkurrenten der Sowjetunion und eine vollständige Mißachtung und systematische Beeinträchtigung der sowjetrussischen Interessen...“

Gleichzeitig macht die deutsche Industrie Ansprüche auf eine bevorzugte Stellung hinsichtlich der sowjetrussischen Bestellungen. Jeder bedeutende Abschluß, den die Sowjetunion in anderen Ländern tätigt, löst in Deutschland eine unangenehme Reaktion aus... Die deutschen Agrarier vergessen, daß vor dem Kriege der Anteil Rußlands an der deutschen Weizeneinfuhr 15 vH betragen hat, gegenwärtig aber auf 4 vH gesunken ist. Der Anteil des russischen Gersteneports ist von 90 vH in der Vorkriegszeit heute auf 25 vH gesunken usw. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die weitere Entwicklung der Sowjetbezüge aus Deutschland entsprechende Maßnahmen deutscherseits zur Förderung der Einfuhr aus Sowjetrußland nach Deutschland erfordert...“

Man darf füglich gespannt sein, was die deutschen Stellen zu dieser Darstellung des gewerkschaftlichen Hauptblattes Rußlands zu sagen haben.

## Der österreichische Gewerkschaftskongreß

Die gewaltige Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, von der Österreich mehr als irgendein anderes Land heimgesucht wird, spiegelt sich in der Mitgliederzahl der freigewerkschaftlichen Organisationen wider, die von 766 168 im Jahre 1928 auf 655 204 Mitglieder Ende 1930 zurückging. Auf dem jüngst stattgefundenen Kongreß entwarfen die Redner ein erschreckendes Bild über die Wirtschaftsnot und die Not der Arbeiter, die, von der Staatsgewalt preisgegeben, unter einem scharfen Terror der Unternehmer stehen. Der Mangel eines paritätischen obligatorischen Arbeitsnachweises führt zu schweren Nachteilen für die freigewerkschaftlichen Arbeiter. Der Kongreß erhob scharfen Protest gegen den angekündigten weiteren Sozialabbau und nahm Resolutionen an, die den Ausbau der Sozialgesetzgebung für weibliche Arbeiter und Lehrlinge zum Gegenstand haben. In der österreichischen Sozialgesetzgebung sind Frauen- und Lehrlingsarbeit stark vernachlässigt, Frauen und Lehrlinge sind mannigfaltigsten Schikanen seitens der Unternehmer und der staatlichen Sozialpolitik ausgesetzt. Zur Erleichterung der Arbeitslosigkeit forderte der Gewerkschaftskongreß die Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit auf wöchentlich vierzig Stunden. Der Gewerkschaftskongreß bereitete eine tief empfundene Ehrung für seinen Vorsitzenden Anton Hueber, diesem selbstlosen Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, der jetzt mit Rücksicht auf sein Alter in den Ruhestand trat.

## Die Arbeitslosenunterstützung in Spanien

Die republikanische Regierung Spaniens hat die Arbeitslosenunterstützung auf dem Verordnungswege neu geregelt. Die Regelung erfolgte unter Anlehnung an das Genter System der Arbeitslosenunterstützung, wie sie in der Tschechoslowakei, Belgien und anderen Ländern besteht. Der Staat gibt in diesem System Zuschüsse an Organisationen, die ihre arbeitslosen Mitglieder unterstützen. Die staatlichen Zuschüsse sollen 30 bis 100 vH der Summen ausmachen, die die Organisationen zur Unterstützung ihrer Mitglieder auswerfen. Jeder Arbeitslose im Alter von 20—65 Jahren mit einem Jahreseinkommen von weniger als 6000 Peseten im Jahr hat Anspruch auf Unterstützung, ausgenommen Beamte und Hausangestellte. Die gesamte Unterstützung eines Arbeitslosen darf aber 60 vH des normalen Lohnes nicht überschreiten und wird nach einer Wartezeit von 6 Tagen nur 60 Tage im Jahr gewährt. Ein besonderer „Solidaritätsfonds“ wurde außerdem zur Unterstützung der Arbeitslosen aus bestimmten Gebieten und Industriezweigen, die von der Arbeitslosigkeit besonders stark ergriffen sind, gebildet. Die staatlichen Zuschüsse werden aus einem Fonds gewährt, der von derselben Anstalt verwaltet wird, der auch die Verwaltung der Invaliden- und Unfallversicherung obliegt. Ihr soll aber ein paritätischer Beitrag von Unternehmern und Arbeitern beigegeben werden.

## Billige Kohlen für Erwerbslose

Das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat gibt Steinkohlen zum Preise von 13 Mark je Tonne ab. Für den Zentner sind das 65 Pfennig. Das bedeutet eine Ermäßigung von 30 vH. Wie jedes Produkt, so verteuert sich auch die Kohle von der Zeche bis zum letzten Verbraucher ganz ungemein. Man beabsichtigt beim Umschlag der Erwerbslosenkohle den Kleinhandelsaufschlag ebenfalls um 30 vH zu ermäßigen. Nach unserer Meinung brauchen sich beim Umsatz dieser Kohle nicht noch eine Reihe Handelsinstanzen ihre Hände zu waschen. Gemeinden und Arbeitsämter sollen den Versuch machen, diese Kohlen möglichst ohne Aufschlag dem Erwerbslosen zuzuführen.

# Erleichterungen in der Arbeitslosenversicherung

Die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 greift ebenfalls in die Arbeitslosenversicherung. Diese Notverordnung sieht keine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung vor, sondern enthält eine Abänderung oder eine Beseitigung der Härten, die die Notverordnung vom 5. Juni 1931 enthält. Die Verbesserungen gehen auf die Verhandlungen zurück, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der Regierung Brüning hatte. Die wichtigsten Änderungen seien hier wieder gegeben.

## Jugendliche erhalten Arbeitslosenunterstützung.

§ 87 Abs. 2 AVAVG schloß alle Jugendlichen unter 21 Jahren vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung aus, wenn ihnen ein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zustand. Nunmehr hat der Abs. 2 folgende Fassung erhalten:

„Arbeitslose, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, haben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nur, soweit der erforderliche Lebensunterhalt nicht durch einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch gewährleistet ist.“

Wenn nun der familienrechtliche Unterhaltsanspruch nicht gewährleistet? Hierüber besagt die neue Notverordnung nichts. Es bestehen also die bereits aufgestellten Grundsätze fort. Es sei in diesem Zusammenhang auf das Schreiben des Präsidenten der Reichsanstalt verwiesen. Dort wird auf die Senatentscheidung Nr. 3999 RABl 1931 S. V 84 aufmerksam gemacht. Sie besagt, daß der familienrechtliche Unterhaltsanspruch dann nicht gewährleistet ist, wenn die den Eltern des Arbeitslosen zur Verfügung stehenden Mittel zur Bestreitung des gemeinsamen notdürftigen Unterhalts nicht ausreichen und andere Unterhaltspflichtige nicht vorhanden sind. Und um eine gleichmäßige Beurteilung der Frage sicherzustellen, so heißt es in dem Schreiben des Präsidenten weiter, wenn ein Unterhaltsanspruch verwirklicht werden kann, haben die Grundsätze bei der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenunterstützung zu gelten. Dabei kann sich ergeben, daß der Unterhaltsanspruch nur teilweise als verwirklichungsfähig angesehen wird. Der Jugendliche kann deshalb auch eine Teilunterstützung zugebilligt erhalten.

## Arbeitslosenunterstützung an Aussetzer.

Folgender § 89 b wurde neu eingefügt:

„Besteht in einem Betriebe eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat, Arbeiterrat oder Angestelltenrat, nach der in regelmäßigem Wechsel ein Teil der Belegschaft vorübergehend entlassen wird oder vorübergehend die Arbeit aussetzt, so kann der Vorsitzende des Landesarbeitsamts, in dessen Bezirk der Betrieb liegt, zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes anordnen, daß die Ausgeschiedenen, auch wenn sie sonst nicht als Arbeitslose anzusehen wären, beim Vorliegen der üblichen Voraussetzungen Arbeitslosenunterstützung erhalten. Die Anordnung soll nur erlassen werden, wenn der Wechsel in der Belegschaft nicht in größeren als monatlichen Zeitschnitten erfolgt und die während der Regelung im Betrieb arbeitende Belegschaft ohne Berücksichtigung des jeweils ausgeschiedenen Teiles nicht wesentlich geringer ist als die durchschnittliche Belegschaft der letzten Zeit. In der Anordnung ist die Höhe der Unterstützung zu bestimmen; sie darf die Hälfte des sonst zuständigen Betrags nicht übersteigen. Von einer Wartezeit (§§ 110 bis 110 b) kann abgesehen werden.“

Der § 89 b bestimmt dann weiter:

Die Aussetzer-Unterstützung schließt Kurzarbeiter-Unterstützung aus. Der Vorsitzende des Landesarbeitsamts kann seine Befugnisse dem Vorsitzenden des Arbeitsamts übertragen. Gegen eine Anordnung oder eine Entscheidung, durch die eine solche Anordnung abgelehnt wird, ist ein Rechtsmittel nicht gegeben. Der Präsident der Reichsanstalt kann Bestimmungen zur Durchführung erlassen.

Bevor nicht die Anweisungen der Landesarbeitsämter ergangen sind und die Durchführungsvorschriften des Präsidenten vorliegen, solange ist der neue Paragraph ohne praktische Bedeutung. Sobald der § 89 b in die Praxis umgesetzt worden ist, kommen wir auf ihn zurück.

## Erstverschärfung der Verhängung der sechswöchigen Sperre.

§ 93 c Abs. 1 bestimmte, daß dem Arbeitslosen die Unterstützung für sechs Wochen gesperrt werden konnte, wenn sich aus bestimmten Tatsachen ergab, daß der Arbeitslose arbeitsunwillig oder durch eigenes Verschulden arbeitslos wurde. Diese verschwommene Bestimmung wurde nun durch folgenden, für den Arbeitslosen günstigeren Wortlaut ersetzt:

Die Verhängung der Sperre erfolgt, wenn bestimmte Tatsachen nachgewiesen werden, aus denen sich ergibt, daß der Arbeitslose durch sein Verhalten absichtlich den Verlust seiner Stellung herbeigeführt oder die Erlangung einer neuen Arbeitsstelle vereitelt hat.“

## Keine Rückzahlung der Krisenunterstützung.

Der § 101 a, der anordnete, daß Empfänger von Krisenunterstützung sie zurückzahlen haben, ist in seiner vollen Fassung

gestrichen worden. Somit bleibt es wieder bei dem Zustand, der vor der Einfügung des § 101 a bestanden hat. Die erhaltene Krisenunterstützung braucht also nicht wieder zurückgezahlt werden.

Wenn es in § 105 Abs. 2 geheißen hat, daß das Arbeitsentgelt, welches der Arbeitslose im Durchschnitt der letzten 13 Wochen oder der letzten drei Monate seiner Arbeiter-tätigkeit vor der ersten Arbeitslosmeldung bezogen hat, die dem Erwerb der Anwartschaft auf die Unterstützung folgte, errechnet wird, so treten an die Stelle von 13 Wochen wieder 26 Wochen oder an die Stelle von 3 Monaten wieder 6 Monate.

Gleichzeitig gilt wieder folgendes: Erreichte der Arbeitslose in der Zeit von 26 Wochen oder 6 Monaten infolge Arbeitsmangel die in seiner Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht, und war er deswegen Lohnkürzungen unterworfen, so wird das Arbeitsentgelt zugrunde gelegt, das er ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen hätte.

Die Kurzarbeit wirkt sich also nicht mehr nachteilig auf die Höhe der Unterstützung aus.

Von den Renten, die Kriegsbeschädigte auf Grund ihrer Beschädigung erhielten, wurden gemäß § 112 a Abs. 2 Nr. 4 derjenige Betrag auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet, der 15 M den Monat überstieg. Die Änderung besagt nun: Renten und Beihilfen nach dem Reichsversorgungsgesetz, die Beschädigte und Hinterbliebene auf Grund einer Kriegsdienstbeschädigung gewährt werden, wird ein Betrag bis zu 25 M im Monat von der Anrechnung ausgeschlossen. Die anrechnungsfreie Summe ist also somit um 10 M erhöht worden.

## Heranziehung der Gemeinden bei der Bedürftigkeitsprüfung.

Der § 172 erhielt einen Abs. 3, der besagt:

„Soweit das Gesetz die Unterstützung von der Bedürftigkeit abhängig macht, sind die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, auf Ersuchen der Stelle, die für die Entscheidung über die Unterstützung zuständig ist, bei der Prüfung der Bedürftigkeit mitzuwirken. In allen Fällen, in denen eine von der Bedürftigkeit abhängige Unterstützung gewährt werden soll, ist vor der Bewilligung der Gemeinde oder dem Gemeindeverbande Gelegenheit zur Äußerung über die Bedürftigkeit zu geben.“

Und der neue § 181 b bestimmt: „Soweit das Gesetz die Unterstützung von der Bedürftigkeit abhängig macht, sind der Vorsitzende der Spruchkammer und diese selbst an die Beurteilung der Bedürftigkeit durch den Spruchausschuß gebunden.“

Diese Regelung bedeutet, daß die Frage der Bedürftigkeit in der ersten Instanz, also beim Spruchausschuß, ihre endgültige Erledigung findet. Dies ist natürlich eine Härte für den Arbeitslosen.

Dem § 109 Abs. 2 wurden folgende Sätze angefügt: „Der Vorstand der Reichsanstalt kann anordnen, daß die Arbeitslosenunterstützung allgemein bis zu einem Drittel ihres Betrages in Sachleistungen bestimmter Art gewährt werden kann.“ Eine solche Anordnung liegt noch nicht vor.

## Heimarbeiter erhalten weiter Unterstützung.

Soweit der Verwaltungsrat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers nichts Abweichendes bestimmt, bleiben die Hausgewerbetreibenden und die Heimarbeiter bis zum 31. März 1932 in der Arbeitslosenversicherung.

§ 175 Abs. 4, der bestimmte, daß ein angemessener Teil der Unterstützung zur Begleichung des Mietzinses für die Wohnung des Arbeitslosen an den Vermieter einbehalten werden konnte, wurde gestrichen.

Der neue § 74 c bringt eine Erweiterung des versicherungsfreien Personenkreises. Er bestimmt: „Versicherungsfrei ist eine Beschäftigung bei Abkömmlingen oder deren Ehegatten und bei Stief- und Pflegekindern.“

Der § 259 wurde dadurch geändert, indem Satz 1 des Abs. 1 folgende Fassung erhielt: „Gegen Personen, die gegen die von der Reichsanstalt zur ordnungsmäßigen Durchführung der Arbeitsvermittlung oder der Arbeitslosenversicherung erlassenen Vorschriften verstoßen oder eine ihnen nach § 156 obliegende Anzeige unterlassen, kann der Vorsitzende des Arbeitsamts für jeden Übertretungsfall eine Ordnungsstrafe bis zu 100 Reichsmark verhängen.“

Vordem konnte der Spruchausschuß Ordnungsstrafen bis zum 25fachen der täglichen Unterstützung für jeden Übertretungsfall verhängen. Auf Beschwerde entscheidet nun nicht mehr die Spruchkammer, sondern der Spruchausschuß endgültig.

Die vorgenannten Änderungen treten mit dem 12. Oktober in Kraft. Sie ergreifen auch die laufenden Unterstützungsfälle. Soweit sich in solchen Fällen auf Grund der genannten Vorschriften andere Unterstützungen als bisher ergeben, dürfen die bisherigen Unterstützungssätze noch bis zum 7. November 1931 weiter gezahlt werden.

Nicht unerwähnt darf noch folgendes bleiben. Der § 107 a erhält folgende Fassung: „Arbeitslose, die einem Beruf oder

**Gut rasiert - gut gelaunt**  
durch  
**GEG-Rasiercreme**  
nach kosmetischen Erfahrungen abgestimmt, erfüllt die Gesichtshaut, ist sparsam im Verbrauch.

Zu haben in Ihrem **Konsumverein.**

Gewerbe angehören, in dem eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit beruflich ist, erhalten während der berufsüblichen Arbeitslosigkeit die Unterstützung nach den jeweiligen Lohnklassen der Krisenfürsorge (§ 101). Die Berufe, deren Angehörige dieser Vorschrift unterliegen, bestimmt der Verwaltungsrat der Reichsanstalt; er bestimmt ferner Zeitraum Beginn und Ende der berufsüblichen Arbeitslosigkeit.“

Rechtszustand ist jetzt folgender: Für die Saisonarbeiter, die bisher nur noch Anspruch auf die Sätze der Krisenfürsorge hatten, gelten künftig diese Sätze nur für die Dauer der berufsüblichen Arbeitslosigkeit, also bis zum Frühjahr. In der übrigen Zeit des Jahres haben die Saisonarbeiter Anspruch auf die vollen Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung. Der Anspruch auf die vollen Sätze tritt allerdings erst mit dem 28. März 1932 in Kraft.

**Josef Witt, Weiden-Oberpf.**  
Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eig. Webwaren-Fabriken und eig. Ausrüstungswerk.

- 2 500 Arbeiter und Angestellte,
- 31 472 Spindeln in eigener Spinnerei,
- 1 600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien
- 700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren

sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen  
**900 000 Nachbestellungen**  
auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt  
Der natürlichste Beweis der Güte u. Billigkeit

Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie unternehmend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Bei Bestellung v 15,- Mk. an erhalten Sie auf diese Preise **noch 5 Prozent Rabatt**

Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch eine brauchbare Schlafdecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern

Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk.
8	Weisses Hemdentuch, etwas leichte Gebrauchsware	70 cm per mtr.	0,20
9	Weisses Hemdentuch, sehr gute, mittelstarkfäd., dicht geschlossene Sorte	80 cm per mtr.	0,38
10	Vorhangstoff, sog. Gardinen, aus feinen Garnen mit echt indanthrenfarbig, schönen Streifenmustern	70 cm per mtr.	0,18
11	Handtücher, schwere Strapazierqualität	40 cm per mtr.	0,28
12	Baumwolltuch, ungebleicht, mittelfeinfädige, haltbare Sorte	78 cm per mtr.	0,28
13	Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unverwundliche Qualität	78 cm per mtr.	0,38
14	Hemdenflanell, gute, haltbare, reissfeste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift	70 cm per mtr.	0,30
15	Hemdenflanell, echt indanthrenfarbig gestreift, ausserordentlich haltbare, fast unzerreißbare kräftige Qual., fast unverwundl. im Gebrauch	75 cm per mtr.	0,40
16	Weisses Makotuch, feinfäd., sehr dicht geschl., garantiert echt ägyptisch, für besonders feine Hemden u. Wäschestücke	80 cm per mtr.	0,50
17	Stuhltuch, auch Haushalt genannt, weiss, sehr dicht strapazierbare Bettlicher	150 cm per mtr.	1,15
18	Frotteierhandtücher, aus gutem Kräuselstoff, mit Grösse 45x100 cm, schön, enggeweb., Mustern	per 1/2 Dutzend	0,70
19	Damentaschentücher, weisses Hohlbaum, feinfädige, gute, sehr beliebte Qualität, 20x30 cm	per 1/2 Dutzend	0,70
20	Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar	per 1/2 Dutzend	0,70
21	Weisses Hemdentuch, mittelstarkfäd. geschl., solide, besonders haltbare Wäschestücke. Weil dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche stoff leichter noch dichter. 80 cm breit	Ausnahmebezug per mtr. nur	0,36

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter- od. Stückzahl

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von 10,- Mk. an, portofreie Lieferung von 20,- Mk. an

Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, dass Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten aussergewöhnlich günstig erhalten haben

**Josef Witt, Weiden 84 Oberpf.**  
Webwaren - Fabrikation - Ausrüstung - Versand

**Blaue Arbeitsanzüge**  
aus schwarz. Hanstrach od. Ia. Körperd. 6,50 aus rotbraun schweb. anstrich. Körperdrell 7,50 Jacke 4 Stücken, 1 Brusttasche, Hose 2 Stück, Vorwand Nachm. Vorp. fr. Ab 20,- franko. Besondere Lieferang. garnant. Pr. 12,-, Muster frei.

**Meyer & Co., mech. Bernh. Meißnerfabrik, Würzburg 194**

**Großer Preisabbau Billige Böhmische Bettfedern!**

1 Pfund große, gute, geschlossene Bettfedern 70 Pfg. bessere Qualität 80 Pfg. halbe, weiße, 1 M 20; weiße, flammige, geschlossene 1 M 50, 1 M 50, 2 M 50, feinste, geschlossene Halbflaum-Heimatsbettafedern 3 M, 4 M, 5 M. Repp-1 M 25, weiß 2 M 25, allerbeste Flaumapparat 3 M 25, 4 M 25, Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge sofort gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an franko. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück. S. BENSCH in PRAG XII, AMERKA ULICE NR. 99, BÖHMEN.

**Kauft nur bei Inserenten unseres Blattes**

**Geschenke billig**  
Weihnachts-Katalog gratis  
Sigmund Gesselschaf Kassel 439

**Schenkt Korbmöbel**  
Beste Preise. Direkt ab Fabrik, fr. Lief. 12 Monatsraten. Schläger: 1 teiles Korbmöbel-Fabrik Oberlausitz 169 Lichterfeld-Laur

**Fabrik-Reste nach Gewicht!**

kleiner Maßstab, weiß, hart, unperfekt, bis 1/2 Meter große Stückweise, sowie für kleine Maßstäbe und Maßstäbe 1 Pfd. - 1,25

Reife Stoffe für Hemden, Besten, Jackett 1 Pfd. 1,75

Reife Stoffe für Hemden, Besten, Jackett 1 Pfd. 2,25

Ein Pfund fast je nach Qualität bis 1 Meter und mehr. Versand gegen Nachnahme.  
Garantie: Austausch oder Geld zurück.

**Gerhard Wändling, Augsburg 3**  
Mechanische Weberei und Wäschefabrik.

**Bei Asthma**  
Katerium der Atmungsorgane Grippe / Verschleimung veralteter Bronchien und Heiserkeit

erkalten Leidende von uns zur Aufklärung wesentl. und portofrei eine mit Abbildungen versehene Broschüre über diese Krankheiten und deren gesundheitliche, direkte, örtliche, d. h. innere Behandlung und Desinfektion mittels des „Pulvisinhalators“. Schreiben Sie eine Postkarte mit genauer Adresse und Sie erhalten dieses Buch gratis.

**Pulvisinhalator & Co., Berlin O 721, Müggelseestraße 28-29 a.**